Kurzarbeit: Die Krise kündigt sich an S. 3

C 21246 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten KPD/ML

Nr. 2 Februar 1971 | 5. Jahrgang | Preis 1 DM

Zum Entwurf des neuen BVG

Kampf dem Betriebs'friedens'gesetz

Mordwaffe Medikament

Der kapitalistische Staat als Mordhelfer

Nach dem Strafgesetzbuch der Bundesrepublik wird nach § 211 mit lebenslangem Zuchthaus bestraft, wer "aus Habgier oder sonst aus niedrigen Beweggründen, heimtükkisch oder grausam", einen Menschen tötet. Unter § 224 (schwere Körperverletzung) heißt es: "Hat die Körperverletzung zur Folge, daß der Verletzte ein wichtiges Glied des Körpers ... verliert oder in erheblicher Weise dauernd entstellt oder in Siechtum verfällt ..., so ist auf Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder Gefängnis nicht unter einem Jahr zu erkennen."

Wieviel Kinder auf Grund der Habgier des Chemiekonzerns Grünenthal GmbH schon im Mutterleib umkamen und tot geboren wurden oder kurz nach der Geburt starben, läßt sich heute nicht mehr feststellen. Feststellen dagegen läßt sich – wie wir tagtäglich vor Augen haben – daß es in der Bundesrepublik mindestens 2.000 durch das Arzneimittel Contergan der

Am 19.7.1952 wurde unter der reaktionären Adenauer-Regierung das sogenannte Betriebsverfassungsgesetz (gegen die Stimmen der KPD und SPD) im Bundestag durchgepeitscht. Damit wurden die alten für die Arbeiter günstigeren Betriebsrätegesetze und das Kontrollratsgesetz Nr. 22 außer Kraft gesetzt. Gleich dem Nazi-"Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" von 1934, das die Arbeiter zur "Förderung der Betriebszwecke" verpflichtete, wurden die Arbeiter und Angestellten nach dem Betriebsverfassungsgesetz (BVG) zur "vertrauensvollen" Zusammenarbeit mit den Konzernbossen, und zwar "zum Wohle des Betriebes" verpflichtet, wobei das "Gemeinwohl" oberstes Kriterium sei.

Damals jubelten die Bosse und feierten das arbeiterfeindliche BVG als "das fortschrittlichste Gesetz zur Regulierung der Beziehungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, in den Betrieben, in der ganzen Welt." Fortschrittlich für sie, rückschrittlich für uns! Heute, 19 Jahre später, ist die SPD/FDP-Regierung im Begriff, ihren monopolistischen Auftraggebern ein neues Betriebsverfassungsgesetz zu präsentieren, das noch arbeiterfeindlicher ist als das alte.

Der reaktionärste Paragraph im alten BVG ist der Paragraph 49, der den Betriebsrat zur vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Kapitalisten verpflichtet. Danach darf der Betriebsrat die Interessen der Kolleginnen und Kollegen nur soweit vertreten, als dadurch nicht das Profitstreben der Bosse gestört wird. Er darf weder zum Streik noch zu sonstigen Maßnahmen des Arbeits- und Klassenkampfes im Betrieb aufrufen. Verstößt er gegen diese "Friedenspflicht", kann er duch das Arbeitsgericht aufgelöst und sogar schadensersatzpflichtig gemacht werden. Damit aber sind den Betriebsräten Hände und Füße gebunden und seine Existenz als Vertreter der Interessen der Arbeiter und Angestellten ist ein holder Wahn.

Im Betriebsrätegesetz von 1920 hatte es schon geheissen, daß es die Hauptaufgabe des Betriebsrates sei, die Interessen der Arbeiter und Angestellten gegenüber den Unternehmern zu vertreten. **Dem BVG nach ist es ihre Hauptaufgabe im Interesse der Bosse für Ruhe und Frieden im Betrieb zu sorgen.**

Diesen berüchtigten "Friedenspflicht"-Paragraphen will jetzt die SPD/FDP-Regierung im Interesse der Kapitalisten noch verschärfen. Hieß es bisher, daß sich die Betriebsräte weder parteipolitisch betätigen, noch sonst etwas tun dürften, was Arbeits- und Betriebsfrieden "gefährdet", so soll es nach dem

Fortsetzung S. 2



Metallarbeiter-Warnstreik (in Lübeck)

kurzarbeit

CONTI

Hannover. Die Continental Gummi-Werke AG, die bereits im Dezember für 1.400 Arbeiter der Abteilungen Sohlen, Absätze, Keilriemen und Automobilzubehör Kurzarbeit einführten, haben auch für die kommenden Monate Kurzarbeit eingeplant.

PHILIPS

Wetzlar. Die Apparatefabrik Wetzlar der Deutschen Philips GmbH hat für 110 im Fernsehbereich beschäftigte Arbeiterinnen und Arbeiter Kurzarbeit eingeführt. Mit weiterer Kurzarbeit wird gerechnet. Begründung: Anpassung an die Auftragslage im Fernsehgeschäft.

Chemie Grünenthal geschädigte, entstellte, verkrüppelte Kinder gibt. Mindestens noch 300 nervengeschädigte, zu dauerndem Siechtum verurteilte Erwachsene.

Was die Chemie Grünenthal dadurch tat, daß sie ihr gesundheitsschädigendes "Heilmittel" Contergan auf den Markt warf und auch noch dort beließ, als die ersten Berichte über dessen gesundheitsschädigende Wirkung vorlagen, erfüllt im Urteil des Volkes den Tatbestand des Mordes, zumindest aber den der schweren Körperverletzung. **Oder sind es etwa keine niedrigen Beweggründe, wenn man aus Profitgier Leben und Gesundheit von Tausenden Menschen gefährdet? Ist es keine Heimtücke, ein Arzneimittel, von dem man weiß, daß es schädlich ist, nicht aus dem Verkehr zu ziehen? Ist es nicht grausam, in Kauf zu nehmen, daß Kinder ohne Arme und Beine geboren werden.**

Dennoch stellte jetzt ein bundesdeutsches Gericht "im Namen des Volkes" nach 283 Prozesstagen das Gerichtsverfahren gegen die Chemie Grünenthal auf Grund § 153 der StPo **"Nichtverfolgung von Bagatellsachen"** ein. Begründung der Staatsanwaltschaft: **Die Schuld der Angeklagten sei gering.**

Klar, für die kapitalistischen Konzerne und die ihnen hörigen Richter sind 2000 verkrüppelte Kinder eine Bagatelle, sie sind gewohnt, in ganz anderen Kategorien zu rechnen, zum Beispiel in ihren imperialistischen Raubkriegen, in denen sie am Tod vieler Millionen Menschen Milliarden verdienen. Nur sollten die Richter nicht auch noch die Unverfrorenheit beseitzen, ihr Urteil "im Namen des Volkes" zu verkünden.

Fortsetzung S. 2

Kampf dem Betriebs"friedens"gesetz

Fortsetzung

neuen Gesetzentwurf heißen, daß alles verboten ist, was den Betriebsfrieden auch nur "beeinträchtigt". Das Wort Beeinträchtigung umfaßt aber viel mehr als das Wort Gefährdung. Danach könnte ein Unternehmer den Betriebsfrieden schon als "beeinträchtigt" ansehen, wenn ein Betriebsrat im Betriebsratszimmer rote Nelken in eine Vase stellt, da die rote Farbe bei den Kollegen Klassenkampf-Assoziationen wekken könnte.

Soweit zu den Hauptpunkten der Verschlechterung der Situation der Arbeiter und Angestellten durch das neue BVG. Es gibt noch eine ganze Reihe weiterer Verschlechterungen, die sich sicher in der Praxis, der Anwendung des Gesetzes und seiner Auslegung durch die den Kapitalisten hörigen Arbeitsgerichte herausstellen werden. Daß die SPD/FDP-Koalition ihre arbeiterfeindliche und dem Industrie- und Finanzkapital gegenüber kriecherische Haltung durch die Vorlage des neuen BVG-Entwurfes, der in den nächsten Monaten Gesetz werden soll, erneut unter Beweis stellte, war nicht anders zu erwarten. wie aber verhält sich der DGB?

Auch die DGB-Funktionäre stellten ihre arbeiterverräterische Haltung wie eh und je unter Beweis. Im Sommer 1952 war es im Zuge der Vorlage des BVG zu machtvollen Demonstrationen und Kundgebungen durch die Arbeiter gekommen. So protestierten zum Beispiel in München und Hamburg je 150.000, in Frankfurt a.M., Dortmund und Nürnberg mehr als 50.000 Arbeiter gegen das Gesetz. **Was aber tat die Gewerkschaftsführung, was tat der damalige DGB-Vorsitzende Fette? Statt die Aktionen der Arbeiter zu unterstützen und zum Generalstreik gegen den ungeheuerlichen Anschlag auf die Rechte der Arbeiter und Angestellten aufzurufen, traf sich Fette mit Adenauer zu Geheimverhandlungen und sorgte für die Einstellung aller Aktionen gegen das BVG.**

Was Fette recht, ist Vetter billig

Was damals dem Fette recht war, ist heute dem Vetter billig. Zwar verkenne der DGB nicht, so DGB-Vorsitzender Vetter in einem Brief an den Bundesrat, die Fraktionen und Parteivorstände, daß der Regierungsentwurf "durchaus positive Ansätze enthalte", in "wesentlichen Punkten jedoch entscheidend hinter den Forderungen der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften" zurückbliebe. Kein Protest, **keine entschiedene Ablehnung, kein Aufruf an die Arbeiter und Angestellten zur Ergreifung von Kampfmaßnahmen, stattdessen ein eigener neuer BVG-Entwurf, der sich kaum von dem jetzt vorliegenden unterscheidet und ein Hohn ist auf die Interessen der Arbeiter und Angestellten.**

Was ist es denn, das Vetter als durchaus "positive Ansätze" bezeichnet?

Als fortschrittlich bezeichnen die Gewerkschaftsbonzen, daß in Zukunft Arbeiter und Angestellte ihre Personalakten einsehen dürfen. Da können die sich aber freuen. Die Frage ist nur, was haben sie davon. In der Praxis ist es doch wohl so, daß die Geschäftsleitung ihnen aus ihren Akten nur das zu sehen gibt, was sie sehen dürfen. Die "Schwarze Liste", auf denen mißliebige Arbeiter vermerkt sind, bleiben sowieso im Panzerschrank. Als fortschrittlich im Sinne des DGB gilt auch, daß in Zukunft Arbeiter und Angestellte verlangen können, vor einer Versetzung von einer Abteilung in die andere gehört zu werden. Na und, was haben sie davon, wenn sie die Versetzung nicht verhindern können? Am fortschrittlichsten aber ist nach Meinung der DGB-Führung, daß alle Kündigungen von Arbeitern und Angestellten, zu denen die Betriebsräte nicht gehört wurden, in Zukunft unwirksam sind. Na und, ob gehört oder nicht gehört, **solange der Betriebsrat nicht die Möglichkeit hat, Kündigungen zu verhindern, ist die ganze Bestimmung keinen Pfifferling wert.**

Wie verhalten wir uns als Kommunisten nun zu dem neuen Entwurf des Betriebsverfassungsgesetzes? Solange die Partei noch nicht in der Lage ist, den Klassenkampf im Betrieb voll zu entfalten und den Kapitalisten unsere eigenen Bedingungen zu setzen müssen wir uns darauf beschränken, unseren Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben anhand des neuen BVG zu erklären, daß

a) Gesetze im bürgerlichen Staat nur dem Zweck dienen, das Recht der Herrschenden gegen die Beherrschten zu sichern;

b) die SPD/FDP-Regierung nichts weiter ist als eine Agentur des Monopolkapitals zur Unterdrückung der Werktätigen;

c) die führenden DGB-Bonzen wie eh und je Arbeiterverräter im klassischen Sinne des Wortes sind, die die Interessen der herrschenden Klasse der Kapitalisten vertreten.

Wie aber sollen sich unsere Genossen Betriebsräte verhalten, soll ein Genosse unserer Partei einen Betriebsratsposten annehmen oder nicht, und wenn – welches sind die Bedingungen, die er dabei zu berücksichtigen und zu erfüllen hat? Darüber werden wir im nächsten ROTEN MORGEN in Auswertung der Ergebnisse der Zentralen Betriebsarbeiterkonferenz unserer Partei vom November 1970 berichten.

Mord mit Medikamenten

Fortsetzung

Immerhin ist die Staatsanwaltschaft bei ihrer Einstellungsbegründung nicht den Argumenten der Verteidigung gefolgt, die das Verfahren eingestellt haben wollte, weil es angeblich gegen die Menschenrechts-Konvention verstoße. Denn Grünenthalfabrikant Hermann Wirtz und seine leitenden Angestellten sei der Prozeß zu anstrengend. Die Angeklagten "empfinden die Fortdauer des Verfahrens nicht nur psychisch, sondern auch physisch als unerträglich", weil ihnen als Folge des Mitgefühls für die geschädigten Kinder fahrens aber wäre nur ein Akt der Humanität und Vernunft". (Frankfurter Rundschau vom 8. 11.) Und das Gericht stellte fest: **Eine Verurteilung der Angeklagten ist nicht im öffentlichen Interesse. Das verpfuschte Leben tausender von Opfern reicht also nicht für ein öffentliches Interesse.**

Wer bezweifelt da noch, daß es bei uns eine Klassenjustiz gibt, eine Justiz, die einen Unterschied zwischen arm und reich macht. Während jeder kleine Zechpreller im Wiederholungsfall brummen

2 1/2 Jahren wurden allein im Bundesgebiet mehr als 1,3 Millionen Packungen zu je 40 Menocil-Pillen, Packungsendpreis DM 11,95 (Apothekenverdienst 5,55 DM pro Pakkung) verkauft. In der Bundesrepublik wird zur Zeit die Zahl der infolge von Menocil Erkrankten auf rund 850 geschätzt – dabei handelt es sich nur um die bekanntgewordenen Fälle – **mindestens 20 Fälle endeten bislang tödlich.** Das Bundesgesundheitsamt ließ es zu, daß das Medikament in der Bundesrepublik weiter verbreitet wurde, obwohl es bereits in Österreich und in der Schweiz wegen seiner gesundheitsschädigenden Folgen verboten worden war. Zugelassen wurde ebenfalls, daß an der Freiburger Uni-

Vorwärts im Ausbau des ROTEN MORGEN

"Liebe Genossen, unsere Erfahrungen zeigen, daß man den ROTEN MORGEN für den Preis von 1,– DM

nur an Leute verkaufen kann, die schon bereit sind, für die KPD/ML zu spenden. Der Preis von 1,– DM steht im Widerspruch zum Ziel einer Massenzeitung. Welche Folgen hat der Preis von DM 1,–? Die Genossen scheuen sich, den ROTEN MORGEN weiterzuverbreiten und zu verkaufen, weil sie den Preis für zu hoch halten, diesen Preis den Arbeitermassen nicht zumuten wollen. Oder sie verkaufen ihn schon zu einem Preis von 0,50 DM. . .

Stadtteilgruppe Riederwald"

Dieser Brief unserer Genossen aus Frankfurt, den wir kurz vor Redaktionsschluß erhielten, spricht ein auch unseres Erachtens dringendes Problem an: Den Preis unserer Zeitung von 1,– Dm. Er ist zu hoch. Auch wir und andere Landesverbände stellten beim Verkauf vor den Fabriken fest, die Menschen zögern. Eine Mark für eine Zeitung dieses Formats, dieses Umfangs, nein danke. Sicher, ein Arbeiter, der die Partei kennt, ihr nahe steht, ihre Ziele befürwortet, wird keine Sekunde zögern, 1,– DM oder noch mehr zu bezahlen. Aber wieviele Arbeiter sind es denn schon, die so denken. Wenn wir, wie es unsere Hauptaufgabe ist, die Vorhut der Arbeiterklasse für den Kommunismus und damit für die Partei gewinnen wollen, so können wir nicht erwarten, daß diese Arbeiter allein von sich aus zu uns kommen. Wir müssen sie ansprechen, beispielsweise durch den ROTEN MORGEN. Für den Kollegen aber, auch wenn er klassenbewußt und fortschrittlich ist, ist der ROTE MORGEN zuerst einmal eine Zeitung wie jede andere. Und da spielt der Preis eine Rolle.

Wie das Dilemma lösen? Bürgerliche Zeitungen werden zu 70 bis 80 % teilweise sogar bis zu 90 % über die Anzeigen finanziert. Parteizeitungen, wie beispielsweise die "UZ", finanzieren sich zu 3/4 durch Spenden (und wo die herkommen, wissen wir). Da wir aber weder Anzeigen, noch Spenden des Ausmaßes der "UZ" erhalten, müssen wir die Zeitung hauptsächlich über den Verkaufspreis finanzieren. Das geschieht zur Zeit. Der Preis von 1,– DM ist unter

Fortsetzung S. 7

"eine unüberwindliche Woge des Mißtrauens und der Antipathie entgegenschlug".

Die "Ärmsten", sie beschweren sich, daß 2.000 Mütter, die tagtäglich ihr mißgestaltetes Kind vor Augen haben, dessen Leiden sehen, ihnen, die Schuld sind an diesen Leiden, keine Sympathie entgegenbringen, daß man ihnen mißtraut. So etwas, daß das Volk Kapitalisten unsympathisch findet oder ihnen mißtraut, muß natürlich von Staats wegen bekämpft werden, deshalb plädierte die bürgerliche Presse: "Die Einstellung des Mammutver-

muß, gehen Herren, wie die der Grünenthal-Chemie ohne Strafe aus. Während der "kleine Mann" vor Gericht auf einen Pflichtverteidiger angewiesen ist, gab die Chemie Grünenthal für ihre Verteidigung allein 5 Millionen Mark aus. Aber, so könnte mancher einwenden, immerhin hat sich doch die Chemie Grünenthal zu Entschädigungen ihrer Opfer verpflichtet und dafür eine Summe von 104 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Leichtigkeit für sie. Diese Gelder werden wir alle über die Preise der Arzneimittel dieser Firma bezahlen müssen.

Die Contergan-Affäre ist kein "Unglück", kein "Einzelfall", keine "Tragödie", wie uns die Monopol-Presse weismachen will, sie ist typisch für die kapitalistische Gesellschaft, die in ihrem Streben nach höchsten Profiten im Sinne des Wortes "über Leichen"geht.



Dies bewies jetzt auch wieder der jüngste Medikamenten-Skandal um das "Heilmittel" Menocil (zur Gewichtsreduktion bei allen Formen der komplizierten Adipositas) der Schweizer Pharma-Firma Cilag-Chemie in Schaffhausen, einer Tochterfirma des USA-Konzerns McNeil Laboratories.

Dieses Medikament wurde auf den Markt gebracht

obwohl es an deutschen Kliniken kaum, von niedergelassenen Ärzten nur notdürftig geprüft worden war;

es wurde 6 Monate lang weiter verkauft, nachdem der Verdacht aufgekommen war, es könne schwere, oft tödliche Nebenwirkungen auslösen;

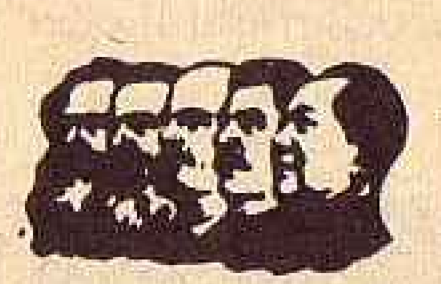
es wurde, obwohl die Schweizer Arzneimittelbehörde schon "dringend empfohlen" hatte, es vom Markt zu nehmen, auf Betreiben der Herstellerfirma nach KZ-Manier in der Bundesrepublik an gesunden Menschen erprobt;

es wurde, als sich die westdeutsche Cilag-Tochter endlich zur Zurückziehung entschlossen hatte. Ärzte und Apotheken davon ungenügend, die Öffentlichkeit überhaupt nicht unterrichtet.

Menocil, ein sogenannter Appetit-Zügler, wurde am 14. Januar 1966 vom Bundesgesundheitsamt zugelassen. In den folgenden

klinik Menschenversuche mit Menocil veranstaltet wurden, nachdem der Verdacht auf schädigende Wirkung des Medikaments aufgetaucht war. Und am 8. Oktober 1968, **18 Tage nach Verbot des Mittels in Österreich, verschrieb ein Arzt in Celle einer 35jährigen Hausfrau Menocil. Sie nahm insgesamt nur 40 Tabletten und verstarb infolge der Einnahme einige Monate später.**

Ein Menocil-Prozess jedoch – so entschied die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Darmstadt – findet nicht statt. Mit anderen Worten: **Ein Freibrief für die Arzneimittelkonzerne um ihres Profites willen, Menschen um Gesundheit und Leben zu bringen, kaltblütig zu morden.**



ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten

2 Hamburg 71, Postfach 464. Herausgeber: KPD/ML. Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust. Verlag: Detlef Schneider.

Druck: Wandsbeker Verlagsdruckerei, Hamburg 70. Postscheckkonto: Detlef Schneider, Hamburg, Nr. 3364 44. Erscheinungsweise: monatlich. Einzelpreis: 1,-- DM. Jahresbezugspreis: 11,-- DM (einschließlich Porto)

Kurzarbeit: Die Krise kündigt sich an

Aus Betriebszeitungen unserer Partei

DER RÖHRENKIEKER

BETRIEBSZEITUNG DER ROTEN MANNESMANN-BETRIEBSGRUPPE DER KPD/ML Nr. 2/70

Kurzarbeit und Krise

Jetzt ist es soweit, jetzt kommt die Krise mit Riesenschritten. Wir "dürfen" von Weihnachten bis Neujahr Urlaub machen. Denn dann brauchen sie uns ja kein Kurzarbeiter-Geld zahlen. Wir "dürfen" zu Hause bleiben, während die Preise und Mieten weiter steigen.

Jetzt entlarven sich all die schönen Geschichtchen von der "sozialen Symmmetrie", von dem "Wir sitzen alle in einem Boot", von dem "gemeinsamen Interesse von Unternehmern und Arbeitern" als leeres Gerede, als eine Betrügerei, damit wir Arbeiter nicht unsere wahre Lage erkennen.

Niemand weiß so recht, wie es im neuen Jahr weitergehen wird. Wir von der KPD/ML sagen: Das mit der Kurzarbeit wird weitergehen. Die Mannesmann-Herren werden im Laufe des nächsten Jahres noch zu anderen Maßnahmen greifen, um ihre Profite zu "retten". Die Umbe-

Mannesmann mitgerechnet, die über Weihnachten Urlaub machen "darf". Bei vielen Werken ist die Kurzarbeit schon bis März angekündigt; AEG hat beim Arbeitsamt Massenentlassungen angemeldet.

Wer bei diesen Tatsachen von "gesunder Entspannung" redet wie kürzlich Schiller, der sieht mit den Augen der Kapitalisten: denn für die bringen Kurzarbeit und Entlassungen eine "Hebung der Arbeitsmoral", sie können die Antreiberei verschärfen und die Löhne drücken – wenn ein einzelner aufmuckt, wird mit Entlassung gedroht.

Kann die SPD die Krise verhindern?

Schiller versprach schon bei der Krise 66/67, daß der Kapitalismus von jetzt an keine Krisen mehr kennen würde und sich harmonisch entwickeln würde. Aber Schiller kann

ter und Unterdrücker des deutschen Volkes davongejagt werden.

Wie "kämpft" die Gewerkschaftsführung?

Wie sah es während der Krise 66/67 aus: Die Gewerkschaften akzeptierten die Lohnkürzungen! und gleich nach der Krise gründeten sie gemeinsam mit den Unternehmern und dem Staat die Konzertierte Aktion, um in Zukunft "mit vereinten Kräften" die Wirtschaft retten zu können.

Als 1969 die Profite wieder um 40 % in die Höhe schnellten, waren sich alle einig: die Kapitalisten boten 7 %, die SPD-Experten schlugen 7,5 % als Lohnleitlinie vor und die Gewerkschaftsbonzen ließen sich prompt mit 8 % abspeisen. Dies wurde dann als großer Erfolg von den Gewerkschaften gefeiert.

Die Lohnleitlinien für 1971 sind schon von der SPD-Regierung beschlossen: höchstens 8 % mehr. Eine Begrenzung der Profite gibt es natürlich nicht.

In den letzten Tagen haben die DGB-Führer in das gleiche Horn geblasen wie die Kapitalisten: es käme ja gar nicht so schlimm, 45.000 Kurzarbeiter wären kein Vorbote der kommenden Krise, sondern nur ein "Planungsfehler" der Kapitalisten.

Außerdem sei das Auf und Ab der Konjunktur ganz natürlich und unvermeidlich wie der Wechsel von Sommer und Winter. Natürlich geht es mal bergab, sagen sie, aber das dauert nicht lange und danach geht es umso schneller bergauf.

Dabei verschweigen uns die DGB-Führer das Entscheidende:

Es ist nämlich gar nicht so wie beim Wetter, wo der liebe Gott über Gerechte und Ungerechte regnen und die Sonne scheinen läßt" wie es in der Bibel steht.

In der kapitalistischen Wirtschaft haben die Konzernherren nämlich immer den Vorteil. Während sie in der Hochkonjunktur Riesenprofite scheffeln, kaufen sie in der Krise andere Betriebe auf und stärken sich für den nächsten Aufschwung. Umgekehrt ist bei den Arbeitern: sie haben jedesmal den Nachteil – in der Krise Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, in der Hochkonjunktur Inflation.

Aber das können uns die DGB-Bosse ja nicht sagen, weil es ihnen ja gar nicht darum geht, daß wir den Kampf gegen das kapitalistische System aufnehmen. Sie müssen uns jetzt ganz besonders stark beschwichtigen, denn:

Die nächste Krise wird schwerer als alle seit 1945

Chemiearbeiter verraten und verkauft!

Rot Front!



BETRIEBSZEITUNG der KPD/ML für die Hoechstbetriebe im Raum Ffm. Ausgabe: Werk Höchst u. Griesheim Nr. 1/71

Der Manteltarifvertrag in der Chemie ist zum 1.1.71 gekündigt. Die IG-Chemie hat 600.000 Arbeiter und

Arbeitszeit, Regelung der Lohn- und Gehaltsgruppen usw.). Mit dem Lohntarif im März wird dann nur

le und herrsche! Statt die Lohngruppen neu zu fassen, ihr Herren Gewerkschaftsbosse:

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Das gilt für alle: FRAUEN, LEHRLINGE, JUNGARBEITER und für AUSLÄNDER.

Deshalb weg mit den Lohngruppen 1 und 2 der Leichtlohngruppen

4. Sonst will die IG-Chemie zum

ihre Profite zu "retten". Die Umbesetzungen und der Einstellungsstop sind nur ein Vorspiel. Die Leiharbeiter sind jetzt schon fast allle an die frische Luft gesetzt. Die Wirtschaftskrise wird kommen.

Wir sagen das, weil wir wissen, daß wir im Kapitalismus leben und

Im Kapitalismus sind Krisen unvermeidlich

Die kommende Wirtschaftskrise ist nicht die erste, die wir erleben, und alle Krisen haben die gleichen Ursachen gehabt:
Die Profitgier und Konkurrenz der Kapitalisten.

In der Hochkonjunktur steigern die Kapitalisten die Produktion raketenhaft, um immer noch höhere Profite einzustecken. Doch nach einiger Zeit finden die Waren keine Käufer mehr. Dann wird die Produktion gedrosselt, die Kapitalisten einiger Betriebe geben keine Aufträge mehr an andere Kapitalisten usw. Kurzarbeit, Einstellungsstop und Entlassungen folgen.

Die Kapitalisten und ihre Handlanger versuchen uns weiszumachen, es stände keine Krise vor der Tür, es wäre nur eine "Beruhigung" und "gesunde Entspannung der Konjunktur". Wie sieht denn die "gesunde Entspannnug" aus?

Mittlerweile ist für über 45.000 Arbeiter Kurzarbeit angemeldet. Um nur einige Betriebe zu nennen: 7.500 Arbeiter von AEG-Telefunken, 3.500 der Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke, 1.000 von Bosch, 8.000 bei Triumph, 1.400 bei Continental Gummi, 3.000 bei Kienzle-Uhren, 2.800 in der Porzellanindustrie, über 2.000 bei Philips. Bei den 45.000 ist noch nicht einmal die gesamte Belegschaft von Hoesch und ebensowenig wie vorher der "Wunderdoktor" Erhard sein Wort halten. Denn einen Kapitalismus ohne Krisen gibt es nicht. Und die SPD ist genauso eine Unternehmerpartei wie die CDU. Sie gibt sich die gleiche Mühe, die Profite der Kapitalisten zu sichern wie die CDU. Natürlich gibt es auch einige Unterschiede zwischen SPD und CDU. Der CDU sind Kurzarbeit und die Entlassungen ganz lieb, denn vielleicht kommt sie dann schneller wieder an die Regierung, wenn sie den Kapitalisten bessere Maßnahmen als die SPD anbieten kann, um die Profite zu sichern und die Verluste auf die Arbeiter abzuwälzen.

Aber daß die SPD das auch sehr gut kann, haben wir ja schon erfahren:

Seit 5 Monaten müssen wir jetzt die "Konjunkturzulage" zahlen, angeblich, weil die Preisinflation gestoppt würde, wenn wir weniger kaufen können. Die Inflation wird dadurch natürlich nicht gestoppt. Nicht zu hohe Löhne – wann hätte es die jemals gegeben? – treiben die Preise in die Höhe, sondern die Profitgier der Kapitalisten.

Auf jeden Fall hat der kapitalistische Staat durch die KZ-Steuer noch einige Milliarden Mark mehr Steuergelder, die er in der Krise den Kapitalisten zuschanzen kann: als billige Kredite. Staatsaufträge oder Sarnierungsprämien. "Konjunkturspritzen" werden sie es dann wieder nennen.

Daß die Kapitalisten die Krise wieder auf unsere Kosten "überstehen" werden, daran besteht kein Zweifel. Und ob die SPD oder die CDU an der Regierung ist, keine von beiden kann die kapitalistischen Krisen verhindern, denn keine der Parteien arbeitet dafür, das die Ausbeu-

Angestellte verkauft, bevor der Tarifkampf richtig losgeht. Im Manteltarif geht es um unsere Arbeitsbedingungen (wie Urlaub, Rentenalter, noch die Höhe der Löhne und Gehälter festgelegt. Die IG-Chemie fordert:

Gemeinsamer Manteltarif für Arbeiter und Angestellte

Das ist gut, wenn damit die Einheit der Arbeiter und unteren Angestellten gegen die Monopolherren gestärkt wird. Es darf aber nicht darum gehen, daß sie uns jetzt vortäuschen: "Arbeiter du bist was Besseres geworden."

2. Die IG-Chemie will ein "einheitliches Schieds- und Schlichtungsabkommen für Arbeiter und Angestellte". Erst eine Forderung, die unsere große Einheit stärken soll, dann einen großen Riegel vorschieben. DIE SCHLICHTUNG IST EIN KUHHANDEL, DER IMMER AUF KOSTEN DER ARBEITER GEHT. So war es bei der letzten Lohntarifrunde in der Chemie. Viele Kollegen hatten schon die Urabstimmungskarten zu Hause. Doch, welche Überraschung, in letzter Minute hat man sich noch geeinigt: Für die Arbeiter 16 Pf weniger als gefordert, für die Angestellten 1,5 % weniger. MIT DER SCHLICHTEREI WIRD ALSO NUR DER STREIK ABGEWIEGELT.

Kapital, Staat und Gewerkschaftsbosse lachen sich ins Fäustchen. Wir gucken in die Röhre. Das ist die Schlichtung und die will die IG-Chemie in Zukunft einheitlich für Arbeiter und Angestellte machen. DABEI GIBT ES ZWISCHEN UNS UND DEN KAPITALISTEN NICHTS ZU SCHLICHTEN. Die richtige Forderung ist:

Weg mit dem Schlichtungsunwesen! Für harten Lohnkampf!

3. Die Lohn- und Gehaltsgruppen sollen aus dem zentralen Manteltarif rauskommen und in den regionalen Tarif reinkommen. In Hessen sind die Lohngruppen dann anders geregelt als in Bayern oder Niedersachsen. Die einen werden gegen die anderen ausgespielt. Das ist Spaltung. Das Chemiekapital dagegen hält zusammen wie Pech und Schwefel. Darum:

Hände weg von der zentralen Regelung der Lohn- und Gehaltsgruppen

Weiter will die IG-Chemie die Lohn- und Gehaltsgruppen "neufassen". Jeder von uns weiß, das sind sowieso Gummiparagraphen. Welche Lohngruppen wir haben hängt vom Betriebsführer ab. Gelernte kommen in die 4, Ungelernte werden auf die unteren verteilt. Wenn unsere Frauen am Band schaffen, dann ist das leichte Arbeit. Auch wenn sie abends nicht mehr wissen, wo ihnen der Kopf steht. Die Bosse stecken sie in die LEICHT-LOHN-GRUPPE und scheffeln noch mehr Millionen. Wenn Kollegen die gleiche Arbeit machen und trotzdem verschieden bezahlt werden, dann ist das SPALTUNG und LOHN-DRÜCKEREI. Die Lohngruppen, die zig verschiedenen Zulagen, das verschafft den Kapitalisten noch mehr Profit. Das ist ihre Taktik: Tei-

Manteltarif nichts fordern. Das ist der Ausverkauf unserer Interessen an das Chemiekapital. Obwohl immer mehr Kollegen Frührentner werden, soll das Rentenalter bei 65 bleiben. Wir müssen uns bis 65 abschuften, weil Kapitalisten und Gewerkschaftsbonzen Angst um die Profite haben. Dabei haben die Kapitalisten die Millionen und Milliarden nur von unserer Hände Arbeit. Um uns hinters Licht zu führen schwätzen sie vom "gleitenden Rentenalter". Dann können uns die Bosse rausschmeißen, wann es ihnen in den Kram paßt. Mit weniger Rente natürlich. Der Urlaub soll bleiben, wie er ist: zu kurz! Auch die Schichtzulagen sollen nicht verbessert werden. Was für die letzten 5 Jahre gegolten hat, soll für weitere 5 Jahre gelten.

Mit den Forderungen der IG-Chemie verbessert sich unsere wirtschaftliche Lage um keinen Strich. Nur durch den einheitlichen Kampf von Arbeitern und unteren Angestellten können die richtigen Forderungen durchgesetzt werden. Die Tarifkämpfe und später ihre rechtliche Absicherung sind Errungenschaften der deutschen Arbeiterklasse. Durch Streikkämpfe wurden die ersten Tarifabschlüsse um 1900 erzwungen. Diese Erfolge versuchen die Kapitalisten ständig rückgängig zu machen, damit der Profit nicht geschmälert wird. Die IG-Chemiebosse verteidigen diese Errungenschaften nicht, sondern schwächen die Arbeiterklasse durch Spaltungs- und Täuschungsmanöver.

Wer die Arbeiterklasse schwächt, stärkt das Kapital

Fortsetzung S. 5



ENVER HOXHA

Rede auf der Moskauer Konferenz 1960: II.Teil

Die "Arbeits"-Methoden der sowjetischen Führer

Der ROTE MORGEN setzt in dieser Ausgabe den Abdruck einer Übersetzung der historischen Rede fort, die Genosse Enver Hoxha auf der Moskauer Konferenz der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien vom November 1960 hielt.

Der letzte Teil dieser Rede wird im nächsten RM erscheinen.

Man muß sagen, daß insbesondere in der letzten Zeit in der internationalen kommunistischen Bewegung und in den Beziehungen zwischen einigen Parteien tiefe ideologische und politische Meinungsverschiedenheiten entstanden sind, deren weitere Vertiefung unserer großen Sache nur Schaden bringen würde. Deshalb ist die Partei der Arbeit Albaniens (PdA) der Meinung, daß man die Fehler und die negativen Erscheinungen, welche bisher aufgetreten sind, verurteilen und korrigieren muß.

Hier möchten wir uns ein wenig mit der Bukarester Beratung beschäftigen, in der unsere Partei ihre Meinung über die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen der KPdSU und der KP Chinas entstanden sind, bekanntlich nicht äußerte, sondern sich schon damals das Recht vorbehielt, dies in der jetzigen Beratung der Vertreter der Kommunistischen und Arbeiterparteien zu tun. Damals erhoben die sowjetischen und einige Genossen anderer Bruderparteien allerhand Anklagen gegen die PdA, aber niemand machte sich die Mühe, einmal zu fragen, warum denn unsere Partei eine solche Haltung gegenüber der allgemeinen Strömung einnahm, warum unsere, dem Marxismus-Leninismus und der Moskauer Deklaration aufrichtig ergebene Partei plötzlich beschuldigt wurde, daß sie angeblich "gegen den Marxismus-Leninismus und gegen die Moskauer Deklaration" sei, warum unsere mit der Sowjetunion und mit der KPdSU stets so eng verbundene Partei sich plötzlich in Widerspruch zu der sowjetischen Führung befand.

Jetzt haben alle Genossen sowohl das sowjetische Informationsmaterial als auch jenes der KP Chinas in ihren Händen und können darüber selbst ein Urteil fällen. Wir haben sowohl das sowjetische als auch das chinesische Material gelesen und studiert, beide Dokumente mit dem Parteiaktiv eingehend diskutiert und kommen in diese Beratung mit den einheitlichen Auffassungen unserer Partei.

Der revisionistische Putschversuch auf der Bukarester Vorkonferenz vom 24. Juni 1960

Bekanntlich wurde anläßlich des

mit auch sie ihren Standpunkt recht-

schen und organisatorischen Meinungsverschiedenheiten unter den Kommunistischen und Arbeiterparteien in einem marxistisch-leninistischen Geist einen sehr großen Schaden zugefügt hat. Schuld daran tragen die Genossen der Führung der KPdSU, welche diese Beratung organisierten, in dieser Form konzipierten und ihr solche unmarxistischen Normen zugrunde legten.

Die Absicht war, die KP Chinas von der internationalen kommunistischen Bewegung wegen imaginärer Fehler und auf Grund von Beschuldigungen verurteilen zu lassen, die jeder Basis entbehrten. Das ist die feste Überzeugung des Zentralkomitees der PdA nach dem Studium der Tatsachen und des sowjetischen und chinesischen Materials, welches die PdA heute besitzt, sowie nach unserer eingehenden Analyse der internationalen Situation und der offiziellen Haltung der KPdSU und der KP Chinas. Die PdA ist einmütig der Auffassung, daß die sowjetischen Genossen in Bukarest einen schweren Fehler begangen haben, als sie die KP Chinas ungerechterweise verurteilten, sie sei angeblich vom Marxismus-Leninismus abgewichen und habe die Moskauer Deklaration vom Jahre 1957 verletzt und gebrochen. Die gesamte PdA ist der Meinung, daß die sowjetischen Genossen einen schweren Fehler begingen, als sie die KP Chinas als "dogmatisch", "sektiererisch" und "kriegshetzerisch" anklagten und ihr vorwarfen, sie sei "gegen die friedliche Koexistenz", sie wünsche im sozialistischen Lager und in der internationalen kommunistischen Bewegung" einen privilegierten Platz "usw.

Die sowjetischen Genossen haben auch einen schweren Fehler begangen, als sie die Liebe und das große Vertrauen, welche alle Kommunisten zur Sowjetunion und zur KPdSU haben, auszunützen versuchten, um ihre falsche Haltung zur KP Chinas auch den anderen kommunistischen Parteien aufzuzwingen.

Unsere Partei stellte schon am Anfang fest, daß alle diese Normen in der Bukarester Beratung mit Füßen getreten wurden. Eben deshalb nahm sie die allen bekannte Haltung ein, welche sie angesichts des Verlaufes der Ereignisse für richtig hielt und hält.

Einige Führer von Bruderparteien bezeichneten uns als "Neutralisten", einige beschuldigten uns, daß wir "von der richtigen marxistisch-leninistischen Linie abgewichen" seien; diese Führer gingen sogar so weit, uns innerhalb ihrer Parteien anzuschwärzen. Wir verwerfen diese Anklagen mit Verachtung, weil sie schändliche Verleumdungen sind, die der kommunistischen Moral hohnsprechen.

Wir fragen jene, welche diese sträflichen Handlungen gegen die PdA ins Werk setzten: Hat eine Partei das Recht, ihre Meinung offen zu sagen oder nicht?

Welche Meinung äußerte die PdA in der Bukarester Beratung? Wir drückten unsere Treue zum Marxismus-Leninismus aus – und sie wird bestätigt durch das ganze Leben und den Kampf der PdA. Wir bekundeten unsere Treue zu den Grundsätzen der Moskauer Deklaration und zum Friedensmanifest vom Jahre 1957 – und sie wird bewiesen durch die von der PdA konsequent verfolgte Linie. Wir erklärten unsere Treue und unsere Bereitschaft zum Schutz der Einheit des sozialistischen Lagers – und das beweist der ganze Kampf der PdA. Wir drückten unsere Liebe und Treue zur KPdSU und zu den Sowjetvölkern aus – und das beweist die gesamte Ge-

Die "Arbeits"-Methoden der sowjetrevisionistischen Führer

Für die PdA war es schon von Anfang an, als die sowjetischen Genossen begannen, die Genossen unserer Delegation in Bukarest fieberhaft und in ganz unzulässiger Weise zu bearbeiten, völlig klar, daß die sowjetischen Genossen bemüht waren, durch Argumente, die jeder Grundlage entbehrten, und durch Druck die Delegation der PdA in ihre Falle zu locken, damit sie sich ihren falschen Auf-

Die PdA war von der KPdSU, welche die Bukarester Beratung organisierte, überhaupt nicht informiert worden, daß anläßlich des Parteitages der Rumänischen Arbeiterpartei beabsichtigt war, die KP Chinas wegen angeblicher schwerer Fehler in ihrer politischen Linie anzuklagen. Deshalb kam dies der PdA ganz unerwartet. Jetzt aber erfahren wir, daß mit Ausnahme der PdA, der KP Chinas, der

Parteitags der Rumänischen Arbeiterpartei unerwartet und ohne vorherige Ankündigung, zumindest was unsere Partei betrifft, auf Initiative der Führer der KPdSU am 24. Juni dieses Jahres eine Beratung in Bukarest organisiert. Statt auf Grund des durch die Schreiben vom 2. und 7. Juni* erzielten Einvernehmens, lediglich "Gedanken auszutauschen" und das Datum der heutigen Beratung zu bestimmen, befaßte sie sich mit einer ganz anderen Frage, nämlich mit der ideologischen und politischen Anklage gegen die KP Chinas auf der Basis eines sowjetischen "Informationsmaterials". Über dieses wenige Stunden vor der Beratung noch ganz unbekannte "Material" sollten die Delegierten der Kommunistischen und Arbeiterparteien diskutieren, sich zugunsten der Auffassungen des Zentralkomitees der KPdSU äußern, ja über eine so wichtige Angelegenheit des internationalen Kommunismus sogar eine Entscheidung treffen, obwohl sie wegen ganz anderer Fragen nach Bukarest gekommen waren und von ihren Parteien gar keine entsprechenden Vollmachten hatten (jedenfalls unsere Parteidelegation nicht). Unter diesen Umständen war eine ernste Diskussion dieses Materials, das so schwere Anklagen gegen eine andere marxistisch-leninistische Partei enthielt, ein Ding der Unmöglichkeit, denn man hatte weder den Delegierten und insbesondere nicht den Führungen der kommunistischen und Arbeiterparteien Gelegenheit gegeben, dieses Material eingehend zu studieren, noch der angeklagten Partei die nötige Zeit gesichert, dazeitig und in allen Formen, die der Ankläger benützte, klar machen konnte. **Tatsache ist, daß es der sowjetischen Führung in erster Linie darum ging, ihre Anklage gegen die KP Chinas rasch durchzusetzen und diese unbedingt zu verurteilen.**

Das war die Absicht Chruschtschows und der anderen sowjetischen Genossen in Bukarest und keineswegs die Erörterung von Fragen der internationalen Politik, welche nach dem Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz entstanden waren und unser Lager und die ganze Welt sehr beschäftigten.

Unsere Partei wäre mit jeder internationalen Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien und mit jeder anderen Beratung bzw. Tagesordnung einverstanden gewesen, vorausgesetzt, daß sie ordnungsgemäß einberufen und von allen Parteien gebilligt wurde, daß die Tagesordnung vorher klar festgelegt war, die nötigen Materialien den Kommunistischen und Arbeiterparteien rechtzeitig ausgefolgt waren und ihnen genügend Zeit gelassen war, diese Materialien zu studieren und sich darauf so vorzubereiten, daß eventuell auch ihre Politbüros und notfalls auch die Plenartagungen der Zentralkomitees der Parteien die Beschlüsse, welche auf der betreffenden Beratung gefaßt werden sollten, billigen hätten können. Die Beratungen hätten also gemäß den Leninschen Normen, welche die Beziehungen zwischen den Kommunistischen und Arbeiterparteien regeln, auf der Basis der vollen Gleichberechtigung der Parteien, im Geist der internationalen kommunistischen Solidarität und der hohen kommunistischen Moral stattfinden müssen.

Die Bukarester Beratung entsprach diesen Normen nicht. Deshalb verurteilte und verurteilt unsere Partei diese Beratung, in der die Leninschen Normen verletzt wurden, als unkorrekt.

Wir sind der Ansicht, daß die Bukarester Beratung der Sache der internationalen kommunistischen Bewegung, der Sache der internationalen Solidarität der Werktätigen, der Sache der Festigung der Einheit des sozialistischen Lagers und der Sache der Beilegung der ideologischen, politi-

fassungen anschließe.

Wichtig war für Genossen Chruschtschow lediglich (und das sagte auch Genosse Antropow zu unserem Genossen Hysni Kapo), "ob wir uns auf die Seite der Sowjetunion stellen werden oder nicht". Dieser Haltung hat Genosse Chruschtschow auch in anderer Form Ausdruck ge-



geben, nämlich durch seine feindlichen Zwischenrufe gegen unsere Partei in Bukarest. Auch die unrichtige und ungerechte Haltung der sowjetischen Führung und des Personals der Sowjetbotschaft in Tirana nach der Bukarester Beratung, worüber ich noch sprechen werde, zeigte das.

Für die Genossen der sowjetischen Führung hatte die Meinung einer marxistisch-leninistischen Partei, wie etwa der PdA, garkeine Bedeutung, wichtig war ihnen bloß, daß diese die selbe Haltung einnahm, welche das Zentralkomitee der KPdSU in Bukarest eingenommen hatte.

Arbeiterpartei Koreas und der Partei der Werktätigen Vietnams, die anderen Parteien wußten, daß die Beratung in Bukarest abgehalten würde, um China anzuklagen. **Wenn das wahr ist, dann ist ganz klar, daß die Sache noch viel ernster wird und daß wir es mit einer Fraktion in internationalem Maßstab zu tun haben.**

Allerdings trifft diese Entwicklung unsere Partei nicht unvorbereitet, denn sie ließ es nicht an der nötigen Wachsamkeit fehlen. Unsere Partei hat in den Beziehungen mit den anderen Parteien immer die Leninschen Normen respektiert, eine hohe marxistische Achtung gegenüber der KPdSU, der KP Chinas und gegenüber allen anderen Kommunistischen und Arbeiterparteien bekundet und die Gleichberechtigung der Parteien beachtet, was sie auch von den anderen Parteien gegenüber der PdA erwartet, unabhängig davon, ob diese zahlenmäßig groß oder klein ist.

schichte der Partei der Arbeit Albaniens. Wir weigerten uns aber, über "Fehler" der KP Chinas ein Urteil zu fällen, geschweige denn letztere zu verdammen, ohne vorher den Standpunkt der KP Chinas zu diesen Fragen zu kennen, welche so verdreht, überhastet und antimarxistisch aufs Tapet gebracht wurden. Wir rieten bei der Lösung dieser für den internationalen Kommunismus so überaus ernsten und lebenswichtigen Frage maßvoll und freundschaftlich vorzugehen und kaltes Blut zu bewahren. Das war das ganze "Verbrechen", wegen dem wir mit Steinen beworfen wurden. Aber wir denken, daß die Steine, die erhoben wurden, um uns zu schlagen, auf den Kopf jener zurückfielen, die sie aufhoben. Die verstrichene Zeit beweist immer mehr die Richtigkeit der Haltung der PdA.

Warum beeilten sich Chruschtschow und die anderen sowjetischen Genossen so sehr, um die KP Chinas

---

* Am 2. Juni 1960 machte das Zentralkomitee Der KPdSU mittels eines Schreibens den Vorschlag, Ende Juni eine Beratung der Vertreter der Kommunistischen und Arbeiterparteien des sozialistischen Lagers abzuhalten, um "über die heutige internationale Lage Gedanken auszutauschen und unsere weitere gemeinsame Linie" festzulegen. Am 7. Juni 1960 erklärte aber das Zentralkomitee der KP der SU in einem anderen Schreiben, diese Beratung sollte nicht im Juni abgehalten werden, sondern das Datum ihrer Abhaltung solle auf einer Vorversammlung der Vertreter der Kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder in Bukarest während des 3. Parteitags der Rumänischen Arbeiterpartei bestimmt werden.

ohne Beweise und Unterlagen zu verurteilen? Kann man denn zulassen, daß Kommunisten, besonders die wichtigsten Führer einer so großen und ruhmreichen Partei, wie es die KPdSU ist, eine solche schmutzige Tat begehen? Die Antwort sollen sie selbst geben, aber auch die PdA hat das volle Recht, ihre Meinung zu sagen.

Es begann mit dem 20. Parteitag der Chruschtschowisten im Jahre 1956

Die PdA ist der Meinung, daß die Bukarester Beratung nicht bloß ein großer Fehler war, sondern ein Fehler, der noch vorsätzlich vergrößert wurde. Man darf nicht zulassen, daß die Bukarester Beratung in Vergessenheit gerät, sondern man muß sie als einen dunklen Fleck in der Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung schärfstens verurteilen.

Es gibt keinen Zweifel, daß die ideologischen Meinungsverschiedenheiten, die zwischen der KPdSU und der KP Chinas existieren, schon groß waren und daß sie noch gewachsen sind. Man hätte sie zwischen den beiden Parteien beizeiten und auf marxistisch-leninistische Weise beilegen sollen.

Laut dem chinenischen Dokument erklärt die KP Chinas, daß diese grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten unmittelbar nach dem 20. Parteitag der KPdSU entstanden und von den chinesischen Genossen zur Diskussion gestellt worden sind. Einige dieser Auffassungen wurden von den sowjetischen Genossen akzeptiert, die anderen hingegen verworfen.

Die PdA denkt, daß diese Meinungsverschiedenheiten, falls sie nicht zwischen den beiden Parteien selbst beigelegt werden konnten, in einer Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien hätten behandelt werden sollen. Es war nicht richtig, daß diese Differenzen nicht beigelegt wurden. Und Schuld daran tragen die sowjetischen Genossen, welche diese Fragen kannten, aber bagatellisierten, weil sie von der unbedingten Richtigkeit und "Unverletzlichkeit" ihrer Linie überzeugt waren. Das aber ist, nach unserer Meinung, eine idealistische und metaphysische Einstellung.

Wenn jedoch die sowjetischen Genossen von der Richtigkeit ihrer Linie und Taktik überzeugt waren, warum organisierten sie dann nicht rechtzeitig eine solche Beratung, um die Differenzen beizulegen? Waren etwa die strittigen Fragen zu unbedeutend, so beispielsweise die Verdammung Stalins, die große Frage der ungarischen Konterrevolution, das Problem des Weges zur Machtergreifung und viele andere Fragen, die später auftauchten?

Nein, sie waren keineswegs unbedeutend! Wir alle haben unsere eigenen Meinungen über diese Fragen, weil wir als Kommunisten an ihnen allen sehr interessiert sind, weil alle unsere Parteien ihren Völkern gegenüber, jedoch auch gegenüber der kommunistischen Weltbewegung verantwortlich sind.

Um die KP Chinas wegen imaginärer Fehler und Sünden verurteilen zu können, waren Genosse Chruschtschow und die anderen sowjetischen Führer sehr daran interessiert, die Fragen so zu stellen, als ob es sich um Meinungsverschiedenheiten zwischen China und der gesamten internationalen kommunistischen Bewegung handle. Aber über die obengenannten Fragen haben nur Chruschtschow und seine Genossen entschieden, dem Standpunkt entsprechend, es sei nicht nötig, daß eine Beratung der Vertreter aller Parteien damit befaßt werde, obwohl es sich um gewichtige Fragen internationalen Charakters handelte.

Dann kam die ungarische Konterrevolution, aber die Meinungsverschiedenheiten wurden auch jetzt nicht aufgedeckt. Was soll man von einer solchen Taktik halten, wichtige Dinge zu verheimlichen, wenn man sich von ihrer Klärung keinen Vorteil verspricht, im anderen Fall aber sogleich eine Beratung wie die in Bukarest einzuberufen und alle Hebel in Bewegung zu setzen, um den anderen die Auffassung aufzuzwingen, daß "China sich hinsichtlich seiner Linie im Widerspruch zu allen Kommunistischen und Arbeiterparteien der Welt" befinde?

Die sowjetischen Genossen machten auch uns gegenüber einen solchen Versuch. Im August dieses Jahres richtete die sowjetische Führung ein Schreiben an unsere Partei, in dem sie uns ein Treffen der Vertreter unserer beiden Parteien vorschlug, "damit der Funken des Konflikts keinen Brand hervorruft". Unsere Partei sollte sich auf die Seite der sowjetischen Führung stellen, also gegen die KP Chinas Stellung nehmen, und unsere beiden Parteien sollten auf der hiesigen Beratung eine gemeinsame Front bilden. Natürlich verwarf das Zentralkomitee unserer Partei diesen Vorschlag und bezeichnete ihn in einem offiziellen Antwortschreiben als antimarxistisch und fraktionistisch, weil er sich gegen eine Bruderpartei, gegen die KP Chinas, richtete. Diese korrekte und prinzipienfeste Haltung unserer Partei mißfiel natürlich der Führung der KPdSU.

Daß diese Fragen von erstrangiger Bedeutung sind, ist klar und es gibt keinen Zweifel, daß sie uns alle sehr stark interessieren; aber ebensowenig gibt es einen Zweifel für die PdA, daß die Fragen, wie sie in Bukarest gegen China zur Sprache gebracht wurden, tendenziös waren und die Verdammung und Isolierung der KP Chinas von der gesamten kommunistischen Weltbewegung bezweckten.

Für die PdA war das schrecklich und unannehmbar, nicht nur, weil sie von der Schuld der KP Chinas nicht überzeugt war, sondern auch, weil hier gegen eine große, ruhmreiche Bruderpartei auf nichtmarxistische Weise eine Aktion gestartet, weil gegen China unter der Beschuldigung des Dogmatismus ein Angriff organisiert wurde, der sich gegen den Marxismus-Leninismus selbst, gegen die Grundsätze der Moskauer Deklaration und gegen das Moskauer Friedensmanifest richtete.

In der Beratung wurden gegen die KP Chinas viele Anklagen erhoben. Das hätte sich eigentlich auch im Communique widerspiegeln müssen. Aber warum war das nicht der Fall? Wenn die Anklagen begründet waren, warum zögerte man dann und gab ein Communique heraus, welches dem Inhalt der Beratung entsprach? Warum sprach man in diesem Communique nicht von der "großen Gefahr", welche der "Dogmatismus" angeblich für die kommunistische Weltbewegung darstellte?

Nein, Genossen, die Bukarester Beratung kann man nicht in Schutz nehmen, denn sie war nicht prinzipienfest; sie war tendenziös, um gewisse Ziele zu erreichen, und ihr Hauptziel war nach Meinung der PdA das folgende: Indem man die KP Chinas des Dogmatismus bezichtigte, sollten einige schwere Fehler in der Linie zugedeckt werden, die zu begehen sich die Genossen der sowjetischen Führung das Recht genommen hatten.

Die sowjetischen Genossen benötigten in dieser Frage die Unterstützung der anderen Parteien, deshalb versuchten sie, diese einfach zu überrumpeln. Die sowjetischen Genossen erzielten aber nur einen halben Erfolg. Immerhin aber erhielten sie die Möglichkeit, ihren Parteien die Verurteilung Chinas als die Frucht einer "internationalen Beratung des Kommunismus" darzustellen. In den Kommunistischen und Arbeiterparteien, ausgenommen die PdA und einige andere kommunistische und Arbeiterparteien, wurden die angeblichen "schweren Fehler" in der politischen Linie der KP Chinas zur Sprache gebracht, über eine "einstimmige" Verurteilung Chinas in Bukarest berichtet und alles unternommen, um die Parteien und die Völker in diesem Sinne zu beeinflussen. In einigen von diesen Parteiversammlungen wurde auch die PdA verdammt.



Kurzarbeit

JUNGHANS

Schramberg. Für etwa die Häfte der Beschäftigten (mehr als 2.000 Arbeiter und Angestellte) führt die Uhrenfabrik Gebr. Junghans GmbH, die zur Nürnberger Diel-Gruppe gehört, Kurzarbeit ein. Erst einmal für die nächsten zehn Wochen soll freitags nicht gearbeitet werden. Begründung: Schlechte Lage im Auslandsgeschäft.

MAUTHE

Schwenningen. Die Uhrenfabrik Mauthe GmbH drosselte die Produktion, führte Kurzarbeit ein und sprach zahlreiche Kündigungen aus. Junghans war bisher Kunde für Kleinwecker bei Mauthe

SEEKABELWERKE

Nordenham. Die Seekabelwerke AG führte für den Produktionsteilbereich Papierkabelfertigung Kurzarbeit ein. Begründung: Auftragskürzungen der Bundespost für Fernmeldekabel.

VILLEROY & BOCH

Homburg (Saar). Das Zweigwerk Homburg Villeroy & Boch führt für einen Teil seiner Arbeiter Kurzarbeit ein. Begründung: Zu hohe Lagerbestände, schlechte Absatzlage auf dem Fliesenmarkt.

noch vor, daß ihre Profite fallen und

versetzen oder rausschmeißen. So

Chemiearbeiter verraten und verkauft!

Fortsetzung

DIE KRISE KOMMT

In den wichtigsten Branchen gehen die Aufträge zurück. Kurzarbeit und Entlassungen sind an der Tagesordnung. Die Arbeitslosenzahl stieg allein im Dezember um 35 %. Ca. 100.000 Kollegen machen Zwangspausen.

Die Kapitalisten und ihre Handlanger wollen uns weismachen, es stände keine Krise vor der Tür. Es gäbe nur eine "Beruhigung und gesunde Entspannung der Konjunktur"

Wie sieht denn die "Entspannung" in der Chemie aus?

Bei Bayer: Einstellungsstop seit August.

Bei BASF: Produktionsrückgang beim Kunststoff um 50 %. 4.000 Kollegen von Fremdfirmen wurden entlassen, 1.000 ausländische Kollegen, 1.000 Phrixarbeiter.

Und wie sieht es in der Rotfabrik aus?

EINSTELLUNGSSTOP: Seit November werden keine Frauen mehr eingestellt, seit Dezember keine Männer.

ENTLASSUNGEN: Einige Leiharbeiter und -angestellte sind geflogen. Demnächst sind es 600.

KURZARBEIT: Fast alle Überstunden und Sonderschichten sind unter den Hammer gefallen. In der Pharmafertigung gab's unbezahlten Urlaub. In vielen Betrieben laufen die Maschinen nicht mehr auf vollen Touren, wie z. Bsp. in der Pharmagrundstoffproduktion.

In H600 wird wieder Handarbeit eingeführt. Der alte Akkord geht oft flöten.

VERSETZUNGEN: Im Dezember sind ca. 50 Arbeiterinnen von H600 versetzt worden. Sie müssen jetzt putzen, im Labor spülen und in der Werksküche schaffen. Die Arbeit ist schmutziger und der Lohn geringer. Im Hostalenbetrieb das gleiche. 80 Arbeiter wurden abgeschoben, z.T. bis nach Kelsterbach. Schichtarbeiter werden kurzerhand auf Normalschicht eingestellt, wie in der Kunststofforschung und in der Schwefelsäure. 100 – 300 DM gehen bei Versetzung und der Streichung von Schichtzulagen drauf. Das heißt: den Riemen enger schnallen.

Das Märchen von der Krisenfestigkeit der Chemie platzt

Diejenigen, die meinen, die Rotfabrik würde nicht von der Krise erwischt, sind auf dem Holzweg.

In der Krise 66/67 sind wir noch gut davongekommen. Damals herrschte in allen anderen kapitalistischen Ländern Hochkonjunktur. Darum gelang es den westdeutschen Monopolkapitalisten durch gesteigerte Ausfuhr die Arbeitslosenzahl bei einer Million zu halten. Heute sieht das anders aus: Die USA stekken seit einem halben Jahr in einer Wirtschaftskrise. Es gibt 5 Millionen Arbeitslose. In FRANKREICH wurde in vielen Betrieben Kurzarbeit eingeführt.

Es gibt schon 36 % mehr Arbeitslose als im Vorjahr. In SCHWEDEN und HOLLAND hat die Regierung einen Lohnstopp angekündigt, um auf dem Rücken der Arbeiter "die Wirtschaft zu retten". ENGLAND hat mit 600.000 Arbeitslosen die höchste Zahl seit 30 Jahren erreicht. In der ganzen Welt ist die Stahlproduktion schon um 10 % gedrosselt worden.

All das heißt: die westdeutschen Kapitalisten werden nicht genug exportieren können, um die Krise abzumildern. Das Wirtschaftsinstitut der Gewerkschaft sagt für Ende 71 in Westdeutschland mindestens 500.000 Arbeitslose voraus.

Wir dürfen uns nicht täuschen lassen: Auch wenn die Krise nicht wie ein Gewitter hereingebrochen ist, auch wenn die Auswirkungen für viele von uns noch wenig zu spüren sind, wir stehen am Anfang einer neuen weltweiten kapitalistischen Krise. Sie wird länger und schwerer als die letzte. Wie in den USA, wo die Krise jetzt schon 15 Monate andauert und ihren Höhepunkt noch nicht erreicht hat.

Für die Kapitalisten steht fest: Das Volk soll bluten!

Auf der einen Seite Preis-, Miet- und Steuererhöhungen. Auf der anderen Seite droht uns Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit. Die Monopolkapitalisten werden dabei immer fetter. Und dann jammern sie uns wir daran schuld seien. Diese Lüge ist so alt wie der Kapitalismus. Damit versuchen sie seit jeher die verschärfte Ausbeutung zu rechtfertigen.

Einige Arbeiterinnen und Arbeiter der Rotfabrik hat es schon erwischt. Den anderen wird dauernd auf die Finger geguckt. Gründe für Entlassungen werden gesucht. Ob du gut schaffst oder nicht, das spielt dabei keine Rolle. Ob du 5 oder 10 Jahre schon in der Rotfabrik bist auch nicht. Die Personalakte gibt den Ausschlag. Wer sich mal den Mund verbrannt hat, oft krank wird oder nicht immer nach der Pfeife des Betriebsleiters tanzt, dem werden sie irgendeinen Fehler nachsagen und haben sie es 58/59 und 66/67 auch gemacht.

In anderen Betrieben und Konzernen ist es genauso. Insgesamt sind in der BRD in den letzten Monaten schon mehrere tausend Kollegen entlassen worden.

Einige Kollegen sagen: Was gehen mich Entlassungen und Kurzarbeit in anderen Betrieben an. Kollegen! Jeder Arbeiter von Opel oder AEG, der auf der Straße sitzt, wird von den Kapitalisten als Konkurrent gegen dich ausgespielt. Wenn du aufmuckst oder dich gegen Lohnkürzungen wehrst, werden sie dich feuern. Ein anderer kommt auf deinen Platz und du sitzt auf der Straße.

•Wie müssen wir uns auf die Krise vorbereiten?

Was unter der Herrschaft der Ausbeuterklasse auf uns zukommt sind Krisen und drohende Gefahr eines dritten Weltkrieges.

DA DARF KEIN FORTSCHRITTLICHER ARBEITER UNTÄTIGKEIT ZUSEHEN! ER MUSS EIN AKTIVER KÄMPFER FÜR DIE INTERESSEN SEINER KLASSE UND SEINES VOLKES WERDEN!

Diesen Kampf kann er nicht alleine führen, sondern nur in einer starken Organisation – der revolutionären Partei der Arbeiterklasse.

Die SPD ist schon lange eine Kapitalistenpartei. Die Deutsche "Kommunistische" Partei (D"K"P) ist ein Lügenhaufen, der den Arbeitern einreden will: Ulbricht, Breschnew und Konsorten sind Kommunisten. Doch die meisten Arbeiter wissen: in der DDR und in Rußland ist wieder eine neue Kapitalistenklasse an der Macht und hat ihre Ausbeuterdiktatur über das Volk errichtet.

Deshalb war es notwendig eine neue Kampfpartei der Arbeiterklasse zu gründen. Das ist die Kommunistische Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten (KPD/ML).

Klassenbewußte Arbeiter unterstützt den Aufbau Eurer Partei!

Organisiert Euch in den Roten Betriebsgruppen und in den Schulungskollektiven der KPD/ML

Aktionseinheit mit Revisionisten ?

Eine klärende Erfahrung

Die Frankfurter Ortsgruppe der KPD/ML hatte sich zu Weihnachten 70 schon einmal in ein Aktionsbündnis hineinziehen lassen. Die Burgos Urteile waren gerade gefällt und verschiedene Gruppen, einige noch nicht festgelegt, einige trotzkistisch und einige revisionistisch, machten eine Demonstration durch die Innenstadt. Wir schlossen uns an. Anlaß für eine Demonstration war genug und für eine eigene Demonstration mit Spaniern fühlten wir uns zu schwach. Außerdem konnten wir auch nicht entscheiden, ob es für Spanier nicht viel zu gefährlich ist, in unseren Reihen unter den Bildern von Stalin und Mao Tse Tung zu demonstrieren. Die Demonstration wurde zwar technisch gut, aber sie blieb eine Demonstration ohne Spanier und sprach das gemischte Publikum im Stadtinneren an.

Angeregt von der spanischen revisionistischen PCE entstand danach ein Solidaritätskomitee. Es plante nach der "BEGNADIGUNG" der spanischen Patrioten eine Demonstration durch Nied und Höchst zu machen, also durch zwei Arbeiterviertel. Das Ziel sollte sein, darüber aufzuklären, daß nach der "Begnadigung" der Terror des faschistischen Regimes in Spanien verstärkt wird.

Da das Ziel richtig war, da die Demonstration durch Arbeiterviertel gehen sollte, da wir annahmen, daß die Revisionisten zur Zeit noch viele Spanier mobilisieren können, beschlossen wir, an dem Solidaritätskomitee teilzunehmen.

Im Laufe der Diskussion im Komitee zogen sich alle Gruppen ohne Begründung zurück, außer der PCE, der D"K"P, der revisionistischen italienischen Partei, einer unentschiedenen griechischen Organisation und uns.

In diesem Moment konnten wir uns nicht mehr um die Frage herumdrücken, wir mußten uns grundsätzlich überlegen, ob ein Bündnis mit Revisionisten möglich ist. Wir entschieden die Frage nicht und blieben vorläufig im Komitee. Wir ließen uns durch anfängliche "Erfolge" täuschen.

Zuerst verlangten die PCE/Revisionisten, es dürfe kein Vertreter der PCE/ML, unserer spanischen Bruderpartei teilnehmen. Wir sagten, dann würden wir auch nicht teilnehmen und sie gaben nach. Dann verlangten die Revisionisten, wir dürften diesmal keinen eigenen Block mit Mao/Stalin-Bildern bilden und wir sollten auch keine eigene Propaganda machen. Wir sagten, daß wir einen eigenen Block bilden würden, eigene Flugblätter machen würden, Stalin- und Mao-Bilder tragen würden und besonders die Parole "Sieg im Volkskrieg" hervorheben würden. Die Revisionisten gaben nach.

Dann vereinbarte das Komitee, einen Saal zu mieten für eine Schlußkundgebung, bei der die KPD/ML und die PCE/ML eine Redezeit von 6 Minuten bekommt. Außerdem sollte das Solidaritäts-

Vorwärts im Ausbau des ROTEN MORGEN

Fortsetzung

Berücksichtigung der Versandkosten, des Rabatts, den die Buchläden (33 %) erhalten, Verpackung etc. genau das, was die Zeitung in Satz und Druck kostet. Dabei haben wir die günstigsten Druckmöglichkeiten gesucht, geschieht jegliche Mitarbeit an der Zeitung ohne Entgelt. Welche realen Möglichkeiten aber gibt es, den Preis der Zeitung zu senken?

Erstens: durch laufende, regelmäßig eingehende Spenden.

Zweitens: durch die Steigerung der Auflage.



Ein klärendes Dokument

In Nr. 4/71 des "Kommunistischen Nachrichtendienst" der Gruppe Rote Fahne Bochum, die den Namen KPD/ML usurpiert hat, wurde folgendes bezeichnende Dokument veröffentlicht:

"Am 4. Januar verschickte das Zentralbüro der KPD/ML folgendes Schreiben per Eilboten an den Parteivorstand und zwei Bezirksvorstände der D"K"P

"Werte Genossen!
Am 17.1.71 veranstalten die Faschi-

Ihre Eroberungspläne richten sich wieder nach Osten gegen die DDR, Polen und die Sowjetunion. Ihre Wut gilt wieder den fortschrittlichen Kräften und vor allem der Arbeiterklasse. Sie finden dabei wie Hitler die finanzkräftige Unterstützung gewisser Kreise des Großkapitals in

Was Punkt 1 betrifft, so muß gesagt werden, daß es schon sehr gute Beispiele von Spenden-Aktionen, zum Beispiel der Ortsgruppen Frankfurt, Berlin, Bochum, Freiburg, gegeben hat, die wesentlich dazu beigetragen haben, daß der ROTE MORGEN bisher kontinuierlich erscheinen konnte. Wenn wir aber den Preis der Zeitung senken wollen, ist es notwendig, daß die Partei alle Möglichkeiten der Überweisung von Spenden an den ROTEN MORGEN ausschöpft. Denn, in der Perspektive gesehen, senkt sich der Preis automatisch bei einer Erhöhung der Auflage. Um aber die Auflage durch den Verkauf vor den Betrieben, von Tür zu Tür oder auch an den Kiosken steigern zu können, muss, wie schon gesagt, der Preis möglichst auf 50 Pfennig gesenkt werden. Hier beißt sich der Hund in den Schwanz.

D.h.: um den Preis senken zu können, braucht der Verlag ein Finanzpolster, um wenigstens einige Ausgaben – bis sich die Auflage entsprechend erhöht hat – finanzieren zu können. Das aber heißt: Bitte an alle Genossen, Sympathisanten und Leser des ROTEN MORGENS, verdoppelt, verdreifacht die Anstrengungen, die Zeitung finanziell durch Spenden zu unterstützen. Bitte an die Gruppen, die mehrere Exemplare beziehen, achtet auf Zahlungsdisziplin in der Abrechnung. Noch lebt der Verlag von der "Hand in den Mund". Sorgen wir dafür, daß der ROTE MORGEN – die Auflagenentwicklung ist günstig, sie hat sich seit Erscheinen im Zeitungsformat verdreifacht – zu, wie Lenin es von einem Zentralorgan fordert, einer wirklichen, politischen Volkszeitung wird!

Eng mit dieser Forderung aber hängt zusammen, daß der ROTE MORGEN aus einer Monats- zu einer 14-Tages, zu einer Wochenzeitung wird. Setzen wir uns gemeinsam das Ziel, in Vereinigung aller Kräfte, den Schritt zur 14-Tages-Zeitung bis zum Juni dieses Jahres zu erreichen!

Es lebe der Kommunismus!

Redaktionskollektiv des ROTEN MORGEN

komitee ein eigenes Flugblatt herausbringen, die D"K"P und wir sollten einen Entwurf machen.

Bei der ersten Sitzung über das Flugblatt mußten die Verhandlungen abgebrochen werden, weil die Revisionisten sich weigerten, auch nur ein Wort über den bewaffneten Kampf im Flugblatt zu dulden.

Der Genosse unserer Bruderpartei meinte, wir sollten nachgeben, es wäre für uns wichtiger, 6 Minuten zu reden als einen richtigen Satz in ein Flugblatt des Solidaritätskomitees zu bringen. Also machten wir noch einen Entwurf, von dem wir meinten, er enthielte nun wirklich kein revolutionäres Wort. Es gab selbst um diesen Entwurf noch eine lange Debatte. Die Revisionisten wollten noch nicht einmal den Satz dulden: "Das spanische Volk unter Führung der spanischen Arbeiterklasse kämpft. . ."

Sie wollten auch Antifaschisten gewinnen, die nicht die Führung der Arbeiterklasse anerkennen und die vor einem Leninistischen Wort wie "Klasse" zurückschrekken. Sie machten daraus: "Das spanische Volk, in erster Linie die spanischen Arbeiter. . ." Auf so erniedrigende Verhandlungen, auf so einen Schacher mit Prinzipien muß man sich einlassen, wenn man sich mit Revisionisten verbündet! Wir sträubten uns nicht weiter und legten das Hauptgewicht auf ein eigenes korrektes Flugblatt und auf die Vorbereitung der Rede. Zur Demonstration kamen die Revisionisten, ein Block Trotzkisten, unsere Organisation und nur wenige Spanier. Es waren etwa 700 Menschen in 3 etwa gleich starken Blöcken.

Fortsetzung S. 7

sten anläßlich des 100. Jahrestages der deutschen Reichsgründung einen Sternmarsch auf Bonn. Am selben Tag will sich die NLA in "Deutsche Union" umbenennen und als neue rechte Partei auftreten.

Daß die faschistischen Kräfte in Deutschland den hundertsten Jahrestag der deutschen Reichsgründung für ihren Sternmarsch auswählen, ist eine freche Provokation. Die deutsche Reichsgründung leitete die Ausdehnung des reaktionären Preußentums auf das Reichsgebiet ein und stellt damit den Beginn einer großsprecherischen und aggressiven Außenpolitik, die schließlich zu zwei Weltkriegen führte, dar und einer Volks- und Arbeiterfeindlichen Innenpolitik. Die Reichsgründung war nicht ein Akt des revolutionären Bürgertums, das nach demokratischen Freiheiten strebte, sondern der Gnadenakt unter Führung des ostelbischen Junkertums. Dieser Hort der Reaktion ist der direkte Vorläufer des Hitlerfaschismus und damit des blutigsten Feindes der Arbeiterklasse und der ganzen Menschheit.

An diese finstere Tradition knüpfen die Faschisten heute wieder an.

deren Interesse eine Politik der Aggression und der Unterdrückung der Arbeiterklasse liegt.

Wenn die Arbeiterklasse und alle demokratischen Kräfte sich zusammenschließen gegen den gemeinsamen Feind, gegen den Faschismus, dann kann der Faschismus nicht siegen. Die faschistische Bewegung beginnt sich zu sammeln. Wir müssen ihr entschlossen entgegentreten.

Wir fordern Euch deshalb auf, mit uns in Verbindung zu treten, um Vorbereitungen zu einer gemeinsamen Gegendemonstration zu treffen. Wir sollten versuchen, trotz verschiedener schwerwiegender Differenzen eine gemeinsame kraftvolle Aktion gegen die faschistische Gefahr zu organisieren. Es muß das Prinzip "Einheit der Aktion – Freiheit der Losungen" gelten.

Bitte, antwortet umgehend, so daß noch Zeit bleibt, unser gemeinsames Vorgehen gründlich zu diskutieren.

Mit solidarischen Grüßen

ZB der KPD/ML"

Wir stellen dazu fest: Die KPD/ML hat mit dieser Organisation nichts zu tun. Sie lehnt es auf Grund eines Beschlusses prinzipiell ab, Bündnisse mit Revisionisten auf organisatorischer Ebene abzuschließen. Das vorliegende Dokument zeigt klar zu welchem Prinzipienverrat solche Anbiederungsversuche führen. (Statt deutscher Imperialismus: "Ausdehnung des reaktionären Preußentums auf das Reichsgebiet. . . Beginn einer großsprecherischen (!!) und aggressiven Außenpolitik." Statt Kampf gegen die Diktatur der Bourgeoisie in allen ihren Formen einschließlich SPD; "Wenn die Arbeiterklasse und alle demokratischen Kräfte sich zusammenschließen gegen den gemeinsamen Feind, gegen den Faschismus, dann kann der Faschismus nicht siegen."

Die KPD/ML tritt natürlich für ein kämpferisches Aktionsbündnis an der Basis mit allen Werktätigen ein, egal ob es sich dabei um Mitglieder der DKP, der SPD oder sogar der CDU handelt, solange diese bereit sind, sich aktiv für die Durchsetzung korrekter Forderungen einzusetzen.

Eine klärende Erfahrung

Fortsetzung

Wir riefen die Parolen: KLASSENKAMPF IM EIGENEN LAND, SIEG IM VOLKSKRIEG! VITTORIA EN LA GUERRA POPULAR! HABAJO FRANCO, VIVA MARX, ENGELS, LENIN, STALIN, MAO TSETUNG. ABAJO FRANCO, FRENTE ROJO! sangen "Spaniens Himmel", die "Internationale" und noch einige andere Lieder und Parolen.

In der Halle besetzten wir hauptsächlich eine Seite und die Revisionisten die andere. Spanier saßen verstreut dazwischen. Hinter dem Mikrofon hatten sowohl wir unser Transparent und viele rote Fahnen aufgebaut als auch die Revisionisten. Die spanischen Revisionisten hatten große Mühe, die D"K"Pler zu beruhigen, die die Köpfe von Mao Tsetung und Stalin auf dem Podium kaum aushalten konnten.

Während der ersten Stunde sprach ein Demagoge der Revisionisten nach dem anderen. Wir unterstützten die Redner auf unsere Weise. Sprach der Redner vom Bündnis aller Friedensfreunde, so riefen wir Abajo Franco, Frente Rojo! (Nider mit Franco, Rot Front!) oder Abajo Faschismo, viva Communiso! Sprach er von den friedlichen Kampfmaßnahmen, demokratischen Bewegungen und Bittschriften, die zu schreiben wären und vom Linksradikalismus, der zu vermeiden wäre, so riefen wir: Vittoria en la guerra popular! (Sieg im Volkskrieg).

Endlich kam unser Redner. Der

Das Schweigen der OG zu den antifaschistischen Aktionen der letzten Tage in Freiburg ist auf berechtigte Kritik und Unverständnis gestoßen.

Deshalb gibt die OG hiermit eine Erklärung ab, die ihre prinzipielle Stellungnahme zum antifaschistischen Kampf und zu den Aktionen der letzten Tage darlegt. (Wir verweisen außerdem auf den Leitartikel des RM 1/71 "SPD/FDP-Regierung, Wegbereiter des Faschismus".)

Der Faschismus ist eine Form der Diktatur der Bourgeoisie. Die Bourgeoisie greift zum Faschismus, wenn die revolutionäre Arbeiterbewegung ihre Herrschaft bedroht und die parlamentarische Demokratie als Instrument zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft untauglich macht.

"Die demokratische Republik ist die denkbar beste politische Hülle des Kapitalismus. . ." (Lenin, Staat und Revolution), und die Bourgeoisie versucht, diese Hülle solange wie möglich aufrechtzuerhalten. Wie die Beispiele Italiens und Frankreichs zeigen, findet sie dabei wirksamste Unterstützung von Seiten des Revisionismus. Mit Hilfe einer einflußreichen revisionistischen Partei und Gewerkschaft, die die Arbeiterklasse von ihren revolutionären Zielen ablenkt, kann sich die Bourgeoisie auch angesichts einer starken Arbeiterbewegung mit den Mitteln der parlamentarischen Demokratie an der Macht halten. Und in Italien wie in Frankreich steht der Revisionismus der Bourgeoisie in ihrem Kampf gegen die Marxisten-Leninisten aktiv zur Seite. Auf der anderen Seite gibt es in jeder bürgerlichen Demokratie auch schon offen faschistische Organisationen und Gruppierun-

Erklärung der Ortsgruppe Freiburg

nicht mehr in der alten Weise leben können" (Lenin, Der linke Radikalismus). Dies sind die Kennzeichen einer revolutionären Situation; und in einer solchen Situation kann das Ziel der Arbeiterklasse nur der Sturz der Bourgeoisie, nicht aber die Rettung der bürgerlichen Demokratie sein. Angesichts des Faschismus die bürgerliche Demokratie wieder herstellen zu wollen, wäre gegen die objektive Entwicklung der Gesellschaft und damit konterrevolutionär. Das strategische Ziel des Proletariats bleibt die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Der Weg dahin führt über die Einheitsfront der Arbeiterklasse als Kern des Bündnisses aller revolutionären und antifaschistischen Klassen und Schichten und über den bewaffneten Kampf. Die Einheitsfront der Arbeiterklasse kann nur eine kämpferische Einheit von unten sein und ist nur durch eine starke marxistisch-leninistische Fraktion in der Arbeiterklasse herzustellen.

Fassen wir zusammen: **Das Proletariat und seine m.-l. Partei müssen alle Vorbereitungen treffen, um die Niederschlagung der**

Was bedeuten heute Parolen wie – "Arbeitereinheit schlägt Faschismus" oder "Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam gegen die Faschisten"?

Angesichts der schwachen Verankerung des Marxismus-Leninismus in der Arbeiterklasse kann diese Einheit nur eine Einheit ohne Massen, eine Einheit über den Köpfen der Massen, eine Einheit unter der Führung der Revisionisten und Reformisten sein. Solche Losungen zeigen nicht nur eine Fehleinschätzung der faschistischen Gefahr, sondern auch der Stärke der Arbeiterklasse, der m.-l- Bewegung. Sie bedeuten nichts anderes als eine Ablenkung von den derzeitigen Aufgaben der Revolution in Westdeutschland. Hinter ihnen steht objektiv die Ablehnung der proletarischen Revolution.

Für die Marxisten-Leninisten ist deshalb der Kampf gegen den Hauptfeind des Proletariats, die imperialistische Monopolbourgeoisie, nicht zu trennen vom Kampf gegen den modernen Revisionismus in seinen verschiedensten Formen. Einen davon losgelösten

Gruß unserer österreichischen Bruderpartei zum zweiten Jahrestag unserer Parteigründung

"Das ZK der MLPÖ beglückwünscht die KPD/ML und ihr Zentralorgan 'Roter Morgen' anläßlich des zweiten Jahrestags der Parteigründung in brüderlicher kämpferischer Verbundenheit zu den in dieser

90-Stunden-Woche

7.000 Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz in 3.300 Betrieben innerhalb von 6 Wochen stellte die Gewerbeaufsicht in Baden-Württemberg im vergangenen Jahr fest. Das waren mehr Zuwiderhandlungen als im Jahr 1969 insgesamt. Vor allem in Klein- und Mittelbetrieben wurde eine Verschärfung der rigorosen Ausbeutung der Jugendlichen und Lehrlinge festgestellt, die bis zu 90 Stunden in der Woche arbeiten mußten.

Zeltplatz: 1.000 Mark

Vor allem kinderreiche Familien können sich kaum einen Urlaub oder ein Wochenende in einem Hotel oder einer Pension leisten. Sie sind, um überhaupt mal ins Grüne oder an die See zu kommen, auf das Zelten angewiesen. Doch auch hierbei werden sie ausgenommen wie die Weihnachtsgänse. So hat jetzt die Kurverwaltung des Ostseebades Grömitz die Zeltplatzgebühren für 100 Plätze von je 500 auf 1000 Mark jährlich erhöht.

Bestechung legal

Wie anläßlich einer Fragestunde im Bundestag bekannt wurde, sind Schmier- und Bestechungsgelder, wenn sie aus "betrieblichem Anlaß" gewährt werden, steuerfrei. Sie gelten als Betriebsausgaben unabhängig davon, ob sie für In- oder Auslandsgeschäfte gezahlt werden. Frei nach dem kapitalistischen Motto: Wer gut schmiert, fährt gut.

spanische Genosse hatte uns geraten, die Revisionisten nicht namentlich anzugreifen, damit man uns hinterher nicht Spaltung vorwerfen könne. Wir hatten beschlossen uns daran zu halten und erst auf spanisch zu sprechen, damit wenigstens die Spanier einen Teil hörten, falls es Tumult geben sollte. Die Rede erklärte genau, warum wir eigene Parolen vertreten mußten und erklärte die Parolen. Kaum hatte unser Redner angefangen, da unterbrachen die Revisionisten mit dem Sprechchor "Espania si, Franco no!" Das störte uns wenig, wir stimmten laut ein, irgendwann würde der Chor ja wieder aufhören. Das verwirrte die Revisionisten, sie verstummten und mußten sich erst mal überlegen, was sie machen sollten. So konnte unser Redner den wichtigsten Teil der Rede vortragen. Plötzlich sprang eine D"K"Plerin auf das Podium und riß das Mikrofon weg. Ein Trotzkist folgte ihr und einige Funktionäre der D"K"P und PCE. Es gab ein Gerangel. Wir ließen uns auf keine Schlägerei ein, unser Ordnerdienst blockte den Feind mit Fahnenstangen ab. Mit den Ruf "Abajo Revisionismo!" und der "Internationale" zogen wir aus.

Die Vorfälle haben uns bewiesen, was wir schon hätten wissen müssen: Ein Bündnis mit dem Revisionismus ist unmöglich, im Gegenteil, es ist eine unserer wichtigsten Aufgaben, den Revisionismus restlos, ideologisch, politisch und organisatorisch zu zerstören. Was die spanischen Arbeiter betrifft, so werden wir sie nach diesem Bruch um so rascher gewinnen, immer mehr von ihnen wenden sich zu uns.

gen, die eine doppelte Funktion erfüllen: Zum einen sollen sie die Arbeiterklasse von ihrem Hauptfeind ablenken, indem sie der Bourgeoisie die Möglichkeit geben, sich von ihnen zu distanzieren "nach der Methode: ich baue mir einen Bumann auf, haue ihn kräftig, um der Öffentlichkeit zu beweisen, daß ich gegen ihn bin" (RM 1/71).

Zum andern sollen sie die reaktionärste Form der bürgerlichen Ideologie verbreiten und auch in die Arbeiterklasse tragen; damit dienen sie aber der Vorbereitung der tatsächlichen Machtübernahme durch den Faschismus für den Fall, daß sich die Bourgeoisie nur noch mit seiner Hilfe behaupten kann.

Die soziale Basis dieser Faschistischen Kräfte besteht aus den Überresten der Feudalklasse, den reaktionärsten Teilen des Kleinbürgertums und der Intelligenz sowie Teilen des Lumpenproletariats. Sie sind zwar Verbündete der Monopolbourgeoisie, aber nicht der Hauptfeind der Arbeiterklasse. Erst wenn die Monopolbourgeoisie sich hauptsächlich auf sie stützt, um mit ihrer Hilfe ihre faschistische Diktatur zu errichten, werden sie zu einer bestimmenden gesellschaftlichen und politischen Kraft.

Wie muß also die Arbeiterklasse die Faschisten bekämpfen und der Gefahr des Faschismus begegnen?

Die Gefahr des Faschismus besteht dann, wenn die Monopolbourgeoisie in einer tiefgehenden Herrschaftskrise steckt und die revol. Arbeiterbewegung zur treibenden Kraft in der Gesellschaft wird, "wenn die **'unteren Schichten'** die alte Ordnung **nicht mehr wollen** und die 'Oberschichten'

kurzen Zeit vollbrachten eindrucksvollen Leistungen und wünscht den deutschen Marxisten-Leninisten von ganzem Herzen Erfolg in ihrem weiteren Kampf zur Vereinigung aller revolutionären Kräfte des Landes und im Kampf für die Lebensinteressen des arbeitenden deutschen Volkes."

Faschisten sofort in die proletarische Revolution überzuleiten.

Welche Aufgaben ergeben sich daraus für die westdeutschen Marxisten-Leninisten?

Eine revol. Arbeiterbewegung gibt es in Westdeutschland erst in Ansätzen. Eine antifaschistische Einheitsfront steht deshalb zur Zeit gar nicht auf der Tagesordnung. Vielmehr ist es die derzeitige Hauptaufgabe aller Revolutionäre und besonders der Marxisten-Leninisten, zunächst die Vorhut des Proletariats für den Kommunismus zu gewinnen. Ohne diese Vorhut und ihren Kern, die m.-l. Partei ist es unmöglich, die breiten Volksmassen zu vereinen und zum Sieg über die Monopolbourgeoisie und ihre faschistischen Helfer zu führen.

Was machen dagegen die Revisionisten?

Sie erklären die faschistischen Organisationen und Gruppen, die angeblich "immer mehr Einfluß auf die CDU/CSU gewinnen", zum Hauptfeind der Arbeiterklasse; sie propagieren das Aktionsbündnis mit den Sozialdemokraten – mit dem Ziel, die Demokratie zu retten bzw. "zu erneuern". – und versuchen damit im Interesse der Bourgeoisie, die Entwicklung einer revolutionären m.-l. Arbeiterbewegung zu verhindern.

Kampf gegen die Faschisten unter revisionistischen Losungen bzw. unter Verzicht auf antirevisionistische Parolen kann es für die KPD/ML nicht geben.

Am vergangenen Mittwoch fand in der OG eine Diskussion über die angekündigte Demonstration zum 100. Jahrestag der Reichsgründung statt. Die OG nahm dazu folgenden Standpunkt ein: eine Gegenaktion sei falsch, weil sie die Faschisten unnötig aufwerten und ihnen unnötig Publizität verschaffen würde; und vor allem, weil sie unter den derzeitigen Voraussetzungen vom Hauptfeind ablenken würde.

Die OG beschloß jedoch, Beobachter in die Kundgebung der Faschisten zu schicken. Darüber hinaus sollten die Genossen entlang der Demonstrationsrute der Faschisten die Reaktion der Bevölkerung feststellen und mit ihr diskutieren.

Die Begründung für die ablehnende Haltung der OG wurde jedoch nicht sofort in die gesamte Organisation getragen und mit den Genossen grundlegend diskutiert. Darin liegt der Grund dafür, daß der Standpunkt der OG vom Vertreter des KSB/ML auf der Vorbesprechung verschiedener Organisationen für eine mögliche Gegenaktion nicht konsequent vertreten wurde.

Nach der Gegendemonstration

Verfassungsbruch

Wie wenig ernst die Bourgeoisie die von ihr selbst beschlossenen Gesetze nimmt, zeigte das vor kurzem verkündete Urteil des Bundesverfassungsgerichts, daß das im Rahmen der Verfassung verankerte Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis praktisch aufhob. Demnach ist jetzt recht, was in der Praxis schon lange getan wird, das Abhören von Telefongesprächen, das Öffnen von Briefen durch das sogenannte Amt für Verfassungsschutz. Bruch der Verfassung, um die Verfassung zu schützen, das ist die Logik der Herrschenden, die von den Beherrschten auch noch verlangen, daß sie sich auf den Boden dieser brüchigen Verfassung stellen.

am Freitag sah die OG zwar, daß sich eine falsche, revisionistische Linie in Bezug auf den Kampf gegen die Faschisten durchgesetzt hatte. Aber sie zog nicht die richtigen Konsequenzen, nämlich: ihren Standpunkt öffentlich, d.h. in und gegenüber den beteiligten Organisationen zu vertreten und in den eigenen Reihen grundlegend zu klären.

Auf diesen Fehler ist es zurückzuführen, das verschiedene Genossen Informationen über die bevorstehende Demonstration am Montag nicht die nötige Bedeutung beigemessen haben und die OG auch am Montag öffentlich noch keine klare Position bezogen hatte. Die OG wird aus diesen Fehlern lernen und den Kampf um die Durchsetzung der richtigen Linie in allen wichtigen politischen Fragen verstärkt führen.

DER SPIEGEL

Produktions-Schlacht in China

Maos neue Revolution

China - ge SPIEGEL t

Der Leitartikel des "Spiegel" über China vom 11.1.71 hat zweifellos ein breites Interesse in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik gefunden. Er hat in gewissem Maße sogar mobilisierend im Sinne der KPD/ML gewirkt: mancher Arbeiter und mancher Intellektueller zeigte sich von den Informationen des Artikels über China begeistert und bat uns um Diskussionen oder sogar Mitarbeit. Einige Genossen fragten sich auch, wie der "Spiegel" darauf käme, einen solchen Artikel, der der Bourgeoisie mehr schaden als nützen könnte, zu veröffentlichen.

Versuchen wir also eine kritische Analyse des Artikels. Konnte die Bourgeoisie Interesse daran haben, ihn zu veröffentlichen? Wir meinen ja, und zwar aus zwei Gründen: Der erste Grund ist kurzfristiger Art und dürfte den Ausschlag gegeben haben. Er fällt in die Augen, wenn man den Schluß des Artikels betrachtet. Jeder Marxist-Leninist hat zweifellos die Seite 87, auf der der Artikel endet, noch umgeblättert, um zu schauen, wie es weiter geht. Aber der Artikel war in der Tat mit der (für die Marxisten-Leninisten und das Weltproletariat) belanglosen Feststellung zuende, daß "die China-Abteilung des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland aufgelöst" wurde. Das also war für die Autoren des Artikels die eigentliche Pointe! Es ist nun klar, welche kurzfristigen Interessen dieser Artikel vertritt: die der China-Lobby des westdeutschen Kapitals, die darum fürchtet, daß die "Ostpolitik" ihren Anteil am China-Markt schrumpfen lassen könnte. "Die Industrie-Nationen des Westens aber lockt China mit seinem Super-Markt", heißt es vorher im "Spiegel" – und wir sehen diese "Industrie-Nationen" pla-

Was der "Spiegel" hier noch verschämt als **Möglichkeit** umschreibt, das ist, wie er selbst nur zu gut weiß, bereits **Wirklichkeit**. Die "chinesische Herausforderung" wirkt längst auf die unterdrückten Klassen der ganzen Welt, einschließlich der Arbeiterklassen der imperialistischen Länder, als mächtiges Beispiel ein. Soll man also weiter ein falsches Bild von China verbreiten, das der Wirklichkeit völlig widerspricht? Ist es nicht viel besser, in entscheidenden Punkten über das China von heute die Wahrheit zu sagen und dabei die Wahrheit in anderen, noch entscheidenderen Punkten, zu verschweigen? Besser, man gibt jetzt eine Antwort, die offen und ehrlich aussieht und dabei doch in wesentlichen Punkten irreführend ist, als daß man später zu peinlichen Korrekturen gezwungen wird.

So entschied sich der "Spiegel" also im langfristigen Interesse der Bourgeoisie dafür, über die raschen wirtschaftlichen Fortschritte Chinas, über den wirklichen Sinn der Großen Proletarischen Kulturrevolution, über die große Massendemokratie unter Führung

einander vor und philosophierten." Das reicht nicht, lieber "Spiegel", das reicht weiß Gott nicht! Diese Soldaten taten noch andere Dinge! Sie liquidierten (jawohl: liquidierten) zum Beispiel Großgrundbesitzer und Kuomintang-Schweine. Denn auch die Räte-Republik von Jenan war bereits **Diktatur des Proletariats**! Es ist eben nun einmal so, daß nirgendwo in der Welt die Arbeiter und armen Bauern "Theater spielen und philosophieren" können, bevor sie nicht zunächst diejenigen beseitigt haben, die sie daran hindern. Das eben ist der Punkt, der ganz entscheidende Punkt, in dem der Artikel die Wahrheit über China nicht sagt, sondern verschleiert. Wunderbar, daß in China die Prüfungen an den Schulen und Hochschulen abgeschafft wurden! **Aber wie erreicht man das**? Hier gibt der "Spiegel" absichtlich keine Antwort, denn die wissenschaftliche Antwort müßte heißen: durch organisierten revolutionären Klassenkampf, durch gewaltsamen Sturz der Ausbeuterklassen, Zerschlagung ihres Staatsapparates und Errichtung der Diktatur des Proletariats. Nicht wahr, das hört sich gar nicht nach "Prinzip Hoffnung (für die Bourgeoisie) an? Es ist aber nun einmal die Antwort, die die chinesischen Kommunisten, denen es gelang, die Postulate aus Marx' Schrift über die Pariser Kommune in riesigem Umfang in die Tat umzusetzen, selbst geben. Man kann nicht ihre Fähigkeiten in Elektronik preisen und diese Erklärung nicht hören wollen!

Soll man deshalb den "Spiegel"-Artikel in Bausch und Bogen ablehnen? Das fällt uns nicht im Traume ein. Der Artikel sagt in vielen wichtigen Punkten die Wahrheit. Er weckt auf und steigert das Interesse an der chinesischen Praxis des Marxismus-Leninismus.

Der "Spiegel" verschweigt aber das Entscheidende: die Frage des bewaffneten Sturzes der Bourgeoisie in China und die Frage der Diktatur des Proletariats. Eben darin zeigt sich sein Versuch, das "chinesische Modell" unter den Hut der bürgerlichen Legalität zu bringen, wodurch es dann zur "Utopie" wird. Dem Proletariat und seiner marxistisch-leninistischen Avantgarde können solche Artikel im Augenblick von Nutzen sein. Sie beschreiben dem Publikum sozusagen ein Paradies. Auf die Frage des Publikums: "Wie kommen wir hinein?" – schweigen sie sich aus. Darauf geben wir Marxisten-Leninisten aber dann die Antwort!

SKLAVENHANDEL

Für 700 DM "frei Haus" bietet eine Westberliner Firma nach dem Motto "Kom'-men, Sehen, Kaufen" jugoslawische Hausmädchen an. In einem Brief an Interessenten heißt es: "Nach Auftragserteilung können Sie sich aus dem nächsten Transport, der in Berlin eintrifft, ein Ihnen angenehmes Mädchen aussuchen. Sollten Sie mit einem unserer Mädchen nicht zufrieden sein, können Sie mehrere Male umtauschen." Was die Jugoslawinnen zu ihren "Dienstherren" sagen, danach wird nicht gefragt.

Treibt Bonn die Preise?

(Kritik zum Artikel "Bonn treibt Preise" aus Nr. 1/71)

Natürlich ist die SPD/FDP-Regierung verantwortlich für die steigenden Preise. Allerdings muß klargestellt werden, worin diese Verantwortlichkeit besteht. In diesem

stisch vor uns sitzen: nicht etwa im Blaumann, sondern in eleganter Manager-Kleidung, aus der der "Duft der großen weiten Welt", hier konkret der Kanton-Messe uns entgegenströmt. Ein Markt von 800 Millionen! Und die Japaner am Drücker! Und nicht nur die: "Aber Chinas roter Handel lockt auch die Genossen in Moskau. "Diese Schufte! "Uns" wollen sie ausstechen!

Aber, wenn das der Grund ist, warum dann die vielen objektiven Informationen über China, warum der im ganzen positive Ton, warum die geradezu lyrische Bildunterschrift: "Ein neues Kapitel in der Geschichte menschlicher Träume von einer besseren Welt"? In der Tat läßt sich der Artikel nicht **nur** mit den Sorgen der China-Lobby erklären. Es gibt einen zweiten, längerfristig wirksamen Grund, weshalb er für die Bourgeoisie von Nutzen sein kann. Diesen Grund könnte man als "präventive Antwort" bezeichnen. Wenn einige Generäle der Sowjetunion das sozialistische China durch einen Atom-Präventivschlag materiell vernichten wollten, so setzt sich der China-Artikel des "Spiegel" ein ähnliches Ziel, wenn er auch ganz andere Mittel verwendet. "Wenn es den Chinesen gelingt, in ihrem unterentwickelten Land eine sozialistische Demokratie zu verwirklichen, wie sie jetzt in Anfängen sichtbar wird, kann das Reich der Mitte ein neues Modell für die dritte Welt abgeben – und nicht nur für sie. Das Experiment, zwischen Obrigkeit und Untertan in Staat und Betrieb zwischenmenschliche Beziehungen der Gleichheit herzustellen, würde gleichermaßen die Klassengesellschaften der Industriestaaten des Ostens und des Westens herausfordern."

der Revolutionskomitees sowie über die Schritte zur Aufhebung des Unterschieds von geistiger und körperlicher Arbeit annähernd die Wahrheit zu sagen. Freilich kann die Bourgeoisie die Wahrheit über die Diktatur des Proletariats nur in einer Form sagen, die gleichzeitig die Wahrheit verschleiert. Warum zum Beispiel erfuhr der "Spiegel", obwohl er "Radiosendungen aus dem Landesinnern abhörte" und "westliche Mao-Anhänger" befragte (die KPD/ML wurde nicht befragt), nichts davon, daß die Chinesen ihren Staat selbst als einen Staat der Diktatur des Proletariats bezeichnen? Daß die Chinesen, wenn sie von der Großen Demokratie sprechen, von der Demokratie "unter der Diktatur des Proletariats" sprechen?

China in Utopia

Dieses Schweigen hat Methode: die chinesische Gesellschaft, die auch der "Spiegel" als eine Gesellschaft der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit schildert, wird seltsamerweise immer wieder als "ferne Utopie" und "utopisch" bezeichnet. Gerade dieser Widerspruch enthüllt den **bürgerlichen** Charakter des Artikels. "Utopie" bedeutet: Nirgendwo. Der "Spiegel" sagt: die freie, gleiche und brüderliche Gesellschaft existiert in China, also nirgendwo. Dieses Nirgendwo gilt nicht nur örtlich, sondern auch zeitlich: der "Spiegel" schweigt sich darüber aus, wie die chinesische Gesellschaft zustandekam. Zwar ist von der "roten Soldaten-Republik von Jenan" die Rede, aber was erwähnt der "Spiegel" vor allem? "Sie (die Soldaten) spielten Theater, lasen

Leserbrief

"Der Imperialismus wird friedlich"

Im Rahmen einer "Hochschulwoche" der DKP an der Ruhr-Universität Bochum referierte der DKP-Vorsitzende Kurt Bachmann über "Die Verträge von Moskau und Warschau".

Dabei sagte er u.a.: Der Imperialismus werde durch die internationale politische Lage zum Nachgeben und zur Anpassung gezwungen. Dasselbe gelte im Innern.

Heißt das nicht, daß der Imperialismus friedlich werde?

Wohl um bei der studentischen Zuhörerschaft Sympathien einzuheimsen, griff er die SPD als soziale Hauptstütze der Monopole in der Arbeiterklasse an.

Auf die Frage eines KSB/ML-Genossen, wie die DKP zu den Klassenkämpfen in Polen stehe, druckste Bachmann lange herum und erklärte dann: "Zu Polen kann ich nicht viel sagen, ich bin schon lange nicht mehr dort gewesen." Gomulkas Hauptfehler habe darin bestanden, daß er das Prinzip der kollektiven Führung verletzt habe, das sei nun behoben.

Desweiteren sei die schlechte Wirtschaftslage darauf zurückzuführen, daß die Kollektivierung der Landwirtschaft in Polen **noch** nicht durchgeführt worden sei. Ein Mitglied der DKP-Hochschulgruppe führte die "Misere" in Polen auf "zentrale Planwirtschaft" zurück: dieses Wirtschaftssystem müsse daher abgeschafft werden zugunsten eines dezentralisierten Systems. (Er riskierte es natürlich nicht, **offen** von Marktwirtschaft zu reden).

W. T. Bochum

Unternehmer helfen Gewerkschaften gegen Arbeiter

Auf einer Pressekonferenz der Industrie- und Handelskammer Essen-Mülheim-Oberhausen Anfang Januar sagte der Vorsitzende von Rheinstahl Toni Schmücker, die letztjährige Lohnerhöhung von 11 % sei ökonomisch nicht vertretbar gewesen, da sie die Ertragslage entscheidend ungünstig beeinflußt habe.

Auf die Frage eines Journalisten, warum die Unternehmer den Erhöhungen trotzdem zugestimmt hätten, – es herrsche doch schließlich Tarifautonomie – antwortete Schmücker:

a) handele es sich um einen "ethischen Lohn";

b) gelte es, in der augenblicklichen Situation und nach den vorangegangenen wilden Streiks, die Gewerkschaften zu stärken, um

c) die Entwicklung in den Betrieben besser unter Kontrolle zu behalten.

korrekte und mißverständliche Formulierungen. Es istt nicht etwa so, daß die Reggierung in freier Entscheidung die "Preise treibt". Die Preisbewegungen folgen im Kapitalismus im allgemeinen objektiven Marktgesetzen, auf die die Regierungen keinen Einfluß haben. Es ist gerade der große Betrug von Leuten wie Schiller, daß sie behaupten, sie könnten die Wirtschaft entscheidend beeinflussen. In Wirklichkeit ist Schiller mit einem Dirigenten zu vergleichen, der Beethovens "Neunte" dirigiert, während das Orchester "O sole mio" spielt.

Trotzdem ist es **in gewisser Weise** richtig, daß Bonn "die Preise treibt": es ist das Bonner System, d.h. das kapitalistische System, das fortwährend die Preise treibt. Das gilt auch für die angeführten Beispiele der staatskapitalistischen Betriebe (wie Post usw.): ihre Preise steigen jetzt wie die der übrigen Branchen, weil (trotz Subventionen) das kapitalistische Rentabilitäts- und Profitsystem auf sie angewandt wird. Diesen Skandal gilt es zu beseitigen, und die polnischen Arbeiter haben uns dabei den Weg gezeigt, auf dem man vorwärtsschreiten muß.

Volksverhetzung

Einen typisch faschistischen Entscheid fällte die Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht München durch ihre Feststellung, daß "Gastarbeiter", die sich vorübergehend in der Bundesrepublik aufhalten, "kein Teil der Bevölkerung" seien. Diesem Entscheid zufolge können Gastwirte – ohne sich der Volksverhetzung schuldig zu machen – Schilder mit der Aufschrift anbringen "Eintritt für Gastarbeiter verboten".



J. W. Stalin: Gesammelte Werke in 13 Bänden

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Preis: 13 Bände DM 100,-

Bestellungen werden ab sofort entgegengenommen.
Die Gesammelten Werke werden nur zusammen abgegeben.
Bezahlung durch Überweisung von 100,- DM im voraus auf das Postscheckkonto Hamburg 3217 30 (H.-J. Kühn). oder per Nachnahme.

Bestellungen an: ZENTRALER LITERATURVERTRIEB
Hans-Joachim Kühn
2 Hamburg 19
Postfach 7691
Postscheckkonto Hamburg 3217 30

Bei größeren Bestellungen erfolgt die Zahlung nach Vereinbarung.

Weiterverkäufer erhalten 30% Rabatt.

Erscheinungstermin: 31. März 1971

BESTELLSCHEIN

ROTER MORGEN

ZENTRALER LITERATURVERTRIEB FÜR PUBLIKATIONEN AUS DER VOLKSREPUBLIK CHINA

Verzeichnis der Werke Mao Tsetungs

Bestell-Nr.:		DM	Exemplare
	AUSGEWÄHLTE WERKE IN 4 BÄNDEN	20,—	x
1G - 666	Ausgewählte Werke Band I	5,—	x
1G - 888	Ausgewählte Werke Band II	6,50	x
1G - 777	Ausgewählte Werke Band III	5,—	x
1G - 444	Ausgewählte Werke Band IV	6,50	x
1G - 550	Ausgewählte Militärische Schriften	6,50	x
1G - 850	Sechs Militärische Schriften (Plastikumschlag)	2,50	x
1G - 734	Worte des Vorsitzenden Mao Tsetung (Plastikumschlag)	1,50	x
1G - 911	Fünf Schriften des Vorsitzenden Mao Tsetung (Plastikumschlag)	–,60	x
1G - 852	Vorsitzender Mao Tsetung über den Volkskrieg (Plastikumschlag)	–,50	x
1G - 667	Vier philosophische Monographien von Mao Tsetung	1,50	x
1G - 841	Fünf Dokumente über Literatur und Kunst	–,45	x
1G - 732	Die drei ständig gelesenen Artikel	–,60	x
1G - 733	Sammelband I: (Über die neue Demokratie, Reden bei der Aussprache in Yenan über Literatur und Kunst. Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volke, Rede auf der Landeskonferenz der KP Chinas über Propagandaarbeit)	1,90	x
1G - 853	Sammelband II: (Warum kann die chinesische rote Macht bestehen? Der Kampf im Djinggang-Gebirge. Über die Berichtigung falscher Ansichten in der Partei. Aus einem Funken kann ein Steppenbrand entstehen)	1,30	x
	Einzelschriften von Mao Tsetung (In den Ausgewählten Werken nicht veröffentlichte Schriften sind mit * gekennzeichnet)		
1G - 207	Analyse der Klassen in der chinesischen Gesellschaft	–,45	x
1G - 108	Untersuchungsbericht über die Bauernbewegung in Hunan	1,—	x
1G - 104	Warum kann die chinesische rote Macht bestehen?	–,60	x
1G - 851	Der Kampf im Djingang-Gebirge	–,60	x
1G - 106	Über die Berichtigung falscher Ansichten in der Partei	–,60	x
1G - 97	Aus einem Funken kann ein Steppenbrand entstehen	–,60	x
1G - 665	Gegen die Buchgläubigkeit (*	–,60	x
1G - 99	Kümmern wir uns um das Alltagsleben der Volksmassen, achten wir auf die Arbeitsmethoden!	–,45	x
1G - 107	Über die Taktik im Kampf gegen den japanischen Imperialismus	–,60	x
1G - 123	Strategische Probleme des revolutionären Krieges in China	1,50	x
1G - 213	Die Aufgabe der kommunistischen Partei Chinas in der Periode des Widerstandskampfes gegen die japanische Aggression	–,45	x
1G - 20	Über die Praxis	–,60	x
1G - 28	Über den Widerspruch	1,—	x

Schriften über aktuelle Angelegenheiten

Bestell-Nr.:		DM	Exemplare
3G - 874	Wegweiser zum Sieg der revolutionären Völker aller Länder	–,45	x
3G - 884	Selbsterkenntnis der Ausweglosigkeit (Kommentar zu Nixons "Antrittsrede" und zum verachtungswürdigen Beifall der sowjetrevisionistischen Renegatenclique)	–,45	x
3G - 386	Nieder mit den neuen Zaren!	–,30	x
85G - 111	Nieder mit den neuen Zaren! (Bildband)	–,60	x
3G - 1204	Erklärung der Volksrepublik China (24. Mai 1969)	–,45	x
3G - 755	Zurückweisung der absurden Behauptungen der sowjetrevisionistischen Sozialimperialisten	–,45	x
3G - 875	Totaler Bankrott des sowjetischen modernen Revisionismus	–,60	x
3G - 837	Abscheuliche Aufführung der Selbstentlarvung	–,45	x
3G - 1221	Leninismus oder Sozialimperialismus	–,50	x
3G - 1219	Ein schmutziges Geschäft (Kommentar zur "Neuen Ostpolitik" der westdeutschen Bundesregierung	–,45	x
3G - 1222	Eine offenherzige Enthüllung	–,45	x
3G - 1220	Tschou En-Lai's Besuch in Korea	–,60	x
85G - 95 / 85G - 97 / 85G - 98	Das Volk Vietnams wird triumphieren! Die USA-Aggressoren werden geschlagen werden! (3 Foto-Bildbände: 2., 4. u. 5. Folge) zusammen	2,—	x
85G - 106	Das Volk Vietnams wird triumphieren! Die USA-Aggressoren werden geschlagen werden! (Auswahl von Werken chinesischer bildender Künstler, die dem Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die USA-Aggressoren gewidmet sind)	3,50	x
85G - 114	Der USA-Imperialismus wird unterliegen! Die Völker der Welt werden siegen (Foto-Bildband 1970)	–,90	x
85G - 115	Das palestinensische Volk und alle arabischen Völker werden siegen! (Foto-Bildband)	–,60	x

Schriften über die internationale kommunistische Bewegung

Bestell-Nr.:		DM	Exemplare
3G - 541	Leninismus oder moderner Revionismus	–,45	x
3G – 553	Ein Kommentar zur Erklärung der Kommunistischen Partei der USA (1963)	–,45	. . . .
3G - 554	Ein Spiegel für Revisionisten	–,45	x
3G - 556	Ein Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung	1,10	x
3G - 571	Ist Jugoslawien ein sozialistischer Staat?	–,60	x
3G - 572	– (Dritter Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU, 1963) –	–,60	x
3G - 572	Die Verfechter des neuen Kolonialismus – (Vierter Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU, 1963) –	–,60	x
3G - 573	Zwei Linien in der Frage von Krieg und Frieden – (Fünfter Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU, 1963) –	–,60	x
3G - 574	Zwei völlig entgegengesetzte Arten der Politik der friedlichen Koexistenz – (Sechster Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU, 1963) –	–,60	x
3G - 577	Über den Pseudokommunismus Chruschtschows und die historischen Lehren für die Welt – (Neunter Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU, 1964) –	–,60	x
3G - 641	Warum Chruschtschow von der Bühne abgetreten ist (1964)	–,45	x
3G - 599	Antwort des ZK der KP Chinas auf das Schreiben des ZK der KPdSU vom 15.6.1964	–,60	x
1G - 854	Bericht auf der 2.Plenartagung des vom VII. Parteitag gewählten ZK der KP Chinas	–,60	x
1G - 1	Über die demokratische Diktatur des Volkes	–,60	x
1G - 454	Kommentare zum Weißbuch (*) der Regierung der USA	1¿—	x
1G - 209	Zur Frage des genossenschaftlichen (*) Zusammenschlusses in der Landwirtschaft	–,60	x
1G- 275	Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volke (*)	1,—	x
1G - 633	Rede auf der Landeskonferenz der KP Chinas über Propagandaarbeit (*)	–,60	x
1G - 639	Woher kommen die richtigen Ideen der Menschen? (*)	–,45	x
1G - 669	Völker der ganzen Welt, vereinigt euch und besiegt die USA-Aggressoren und alle ihre Lakaien – Erklärung und Gespräche 1963 – 65 ( )	–,45	x
1G - 910	Erklärung des Genossen Mao Tsetung, Vorsitzender des ZK der KP Chinas, zur Unterstützung der Afroamerikaner in ihrem Kampf gegen gewaltsame Unterdrückung (*)	–,45	x
1G - 961	Völker der ganzen Welt, vereinigt euch, besiegt die USA-Aggressoren und alle ihre Lakaien (*)	–,45	x

Hört die revolutionären Sender!

RADIO TIRANA

Zeit	Kurzwelle	Mittelwelle
6.00– 6.30 h	41,50 Meter	215 Meter
13.00–13.30 h	32,41 Meter	
14.30–15.00 h	32,41 Meter	
16.00–16.30 h	32,41 Meter	
18.00–18.30 h	32,41 Meter	
19.00–19.30 h	41,50 Meter	
21.30–22.00 h	41,50 Meter	
23.00–23.30 h	41,50 Meter	215 Meter



Radio Tirana

(wöchentliche Sendereihen)

Mo	1. + 2. Progr.:	"Die marxistisch-leninistische Weltbewegung wächst und erstarkt!"
Di	nur 2. Progr.:	"Bezeichnende Gedenktage aus der revolutionären Geschichte der Völker!"
Mi	1. + 2. Progr.:	"Der revolutionäre Weg des sozialistischen Albanien!"
Do	nur 1. Progr.:	"Aus der Front des Befreiungskampfes der Völker!"
	nur 2. Progr.:	"Quer durch das sozialistische Albanien!"
Fr	:	keine Sendereihen
Sa	1. + 2. Progr.:	"Für eine revolutionäre Kunst des sozialistischen Realismus!"
So	nur 1. Progr.:	"Die Musikseite!"
	nur 2. Progr.:	"Die marxistisch-leninistische Wahrheit wird über den Revisionismus triumphieren!"

1. Programm: 13.00 – 13.30 Uhr; 14.30 – 15.00 Uhr; 16.00 – 16.30 Uhr; 18.00 – 18,30 Uhr; 19.00 – 1930 Uhr.

2. Programm: 21.30 – 22.00 Uhr; 23 – 23.30 Uhr; 6.00 – 6.30 Uhr.

Deutschsprachiges Programm von Radio Peking

MEZ	Meterband		
19.00 h – 20.00 h	43,7	42,8	26,2
21.00 ° – 22.00 h	43,7	42,8	26,2

Bestell-Nr.:		DM	Exemplare
3G - 600	Antwort des ZK der KPdSU vom 30.7.1964	–,45	x
3G - 705	Den Kampf gegen den Chruschtschow-Revisionismus bis zu Ende führen (1965)	–,45	x
3G - 710	Die Führer der KPdSU sind Verräter an der Deklaration und der Erklärung (1965)	–,45	x
3G - 711	Die neuen Führer der KPdSU bekennen sich zur Linie der sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit (1966)	–,45	x
3G - 583	Die Wahrheit darüber, wie sich die Führer der KPdSU mit Indien gegen China verbündet haben	–,60	x
3G - 701	Die historischen Lehren des Antifaschistischen Krieges. (1965)	–,45	x

Dokumente und Theoretische Abhandlungen

Bestell-Nr.		DM	Exemplare
3G - 780	Kommuniqué der erweiterten 12. Plenartagung des VIII Zentralkomitees der KP Chinas (Angenommen am 31.Oktober 1968)	–,45	x
3G - 1201	Lin Biao: Bericht auf dem IX. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas	–,80	x
3G - 1202	Statut der Kommunistischen Partei Chinas (Plastikumschlag)	–,50	x
3G - 1203	Pressekommuniqués vom IX. Parteitag der KP Chinas	–,60	x
3G - 1205	Dokumente des IX. Parteitags der KP Chinas	1,30	x
3G - 1210	Wichtige Dokumente der großen proletarischen Kulturrevolution (u.a. Reden des Genossen Lin Biao von 1966 – 1969)	1,70	x
3G - 1226	Kommuniqué der 2. Plenartagung des IX. Zentralkomitees der KP Chinas (6.9.70)	–,45	x
3G - 707	Lin Biao: Es lebe der Sieg im Volkskrieg!	–,80	x
3G - 845	Zusammenfassung der von Genossin Djiang Tjing im Auftrage des Genossen Lin Biao einberufenen Beratung über die Arbeit in Literatur und Kunst in der Armee	–,70	x
3G - 757	Es lebe die kommunistische Partei Chinas!	–,45	x
3G - 1224	Kommunisten sollen die Fortgeschrittensten des Proletariats sein!	–,45	x
3G - 787	Das ganze Land muß eine große Schule der Maotsetungideen werden.	–,45	x
3G - 1206	Die Volksarmee ist unüberwindlich	–,45	x
3G - 650	Li Dsuo-Peng: Strategisch: Einer gegen zehn, Taktisch: Zehn gegen einen – Darlegung der Ideen des Genossen Mao Tsetung über die Strategie und Taktik im Volkskrieg	–,60	x
4G - 73	Eine äußerst stabile Währung auf der Welt	–,60	x
3G - 1228	Die Revolution weiterführen, von Sieg zu Sieg vorwärtsschreiten (zum 21. Jahrestag der Gründung der VR-China)	–,45	x

Bestell-Nr.:		DM	Exemplare
3G - 1230	Der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao gemäß siegreich vorwärts	–,45	x

Bücher über die große proletarische Kulturrevolution in China

Bestell-Nr.		DM	Exemplare
3G - 816	Beschluß des ZK der KP Chinas über die große proletarische Kulturrevolution (Angenommen am 8. August 1966)	–,45	x
3G - 843	Rundschreiben des ZK der KP Chinas (16. Mai 1966)	–,45	x
3G - 871	Ein epochemachendes Dokument	–,45	x
3G - 821	Vorwärts auf dem breiten Weg der Mao Tsetungideen	–,60	x
3G - 879	Kühn auf dem siegreichen Weg vorwärtsschreiten!	–,45	x
3G - 1207	Für die weitere Festigung der Diktatur des Proletariats kämpfen	–,45	x
3G - 716	Die große proletarische Kulturrevolution Nr. 4	–,60	x
3G - 720	Die große proletarische Kulturrevolution Nr. 8	–,60	x
3G - 803	Die große proletarische Kulturrevolution Nr. 9	–,45	x
3G - 804	Die große proletarische Kulturrevolution Nr. 10	–,60	x
3G - 836	Verrat an der Diktatur des Proletariats – der Kernpunkt des Buches über die "Selbstschulung"	–,45	x
3G - 806	Yao Wen Yüan, Kommentar zu den zwei Büchern von Tao Dschu	–,60	x
3G - 876	Zur erneuerten Erziehung der Intellektuellen	–,45	x
3G - 872	Yao Wen Yüan: Die Arbeiterklasse muß bei allem die Führung innehaben	–,45	x
3G - 877	Den Weg der Werkzeugmaschinenfabrik Schanghai gehen. Techniker aus der Arbeiterschaft heranzubilden	–,60	x
3G - 881	Nehmt frisches Blut aus dem Proletariat auf!	–,45	x
3G - 883	Laßt bei allem die Maotsetungideen das Kommando führen!	–,45	x
3G - 756	Hebt das Banner der Geschlossenheit des IX. Parteitages hoch, um noch größere Siege zu erringen!	–,45	x
85G - 107	Hof für die Pachteinnahme-Skulpturengruppe aus Ton – (Bilderalbum)	2,50	x
8sd - 109	Die rote Sonne erhellt den Weg, auf dem Dadschai vorwärtsschreitet (Fotobildband)	3,50	x

Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin

Bestell-Nr.		DM	Exemplare
1/1 - 736	Marx, Engels: Manifest der Kommunistischen Partei	1,30	x
1/1G - 745	**Marx: Lohnarbeit und Kapital**	1,30	x
1/1G - 100	Lenin über die revolutionäre Proletarische Partei eines neuen Typus (Zitatensammlung)	1,10	x
1/1G - 101	Lenin über "Der Imperialismus ist der Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats" (Zitatensammlung)	1,10	x
1/1G - 102	Lenin über die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats Marx: Lohnarbeit und Kapital	1,10	x
1/1G - 103	Lenin über Krieg und Frieden (Zitatensammlung)	1,10	x
1/1G - 104	Lenin über die nationale Befreiungsbewegung (Zitatensammlung)	1,10	x
1/1G - 105	Lenin über den Kampf gegen den Revisionismus (Zitatensammlung)	1,10	x
1/1G - 740	Lenin: Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution	2,—	x
1/1G - 743	Lenin: Staat und Revolution	1,70	x

Schallplatten

	DM	Exemplare
Die Internationale (Chinesisch)	5,—	x
Der Osten ist rot/Bei der Seefahrt verläßt man sich auf den Steuermann	5,—	x

Seidenbilder (Portraits)

	9,5x14,6cm (–,50DM) Ex	27x40cm (2,50DM) Ex	49x72cm (6,—DM) Ex	8,5x125cm (15,—DM) Ex
Marx	x	x	x	x
Engels	x	x	x	x
Lenin	x	x	x	x
Stalin	x	x	x	x
Mao Tsetung	x	x	x	x
Lin Biao	x	x	x	x
Tschu En-Lai	x	x	x	x
Ho Chi Minh	x	x	x	x
Enver Hoxha	x	x	x	x

Unterlagen für Abonnements chinesischer Periodika x

Preise in DM, exklusiv Porto

Bei Großbestellungen wird Rabatt gewährt!

Bestellungen an:

Hans-Joachim Kühn
2000 Hamburg 19
Postfach 7691
Pschk. Hmb. 321730

Eing.Nr.: . . . .

Eing.Dtm.: . . . .

Rechnungsnr.: . . . .

Absender.: . . . .

. . . .

. . . .

Unterschrift: . . . .

Datum: . . . .